

Bezugspreis:

Wochenblatt 2.-Mtl. monatl. 2.-Mtl. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Voll“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 23. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Delegierten für Washington.

Volles Licht.

In den Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses sind am Mittwoch Dinge zur Sprache gekommen, die in engeren Kreisen wohl schon bekannt waren, die auf die breite Öffentlichkeit aber wie eine erschütternde Enthüllung wirken.

Graf Bernstorff, der in Washington für den Frieden wirkte, während die Attaches v. Paven und von Ed in New York einer anders gearteten Beschäftigung nachgingen, hat in überaus scheinbarer Form sein Zeugnis abgelegt.

Die Unterbindung der amerikanischen Munitionsindustrie, die der Entente dienste, die Störung des transatlantischen Schiffsverkehrs lag im Interesse der deutschen Kriegführung.

Man muß sich in die Lage der Amerikaner versetzen, um die volle Schwere des Falles zu würdigen. Man stelle sich vor, Deutschland hätte als neutraler Staat einer gegen England kriegführenden Macht Munition geliefert.

Es ist nur ein Zeichen von Geisteschwäche oder von schlechtem Gewissen, wenn die alldeutsche Presse gegen den Untersuchungsausschuss tobt und wenn z. B. die „Tägliche Rundschau“ für seine Verhandlungen das schöne Bild findet: „Sündhaftige Anechtsgesinnung“.

Bernstorff hat es klar ausgesprochen, daß Amerika durch die Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges in den Krieg gegen Deutschland geradezu gezwungen worden ist. Schon im Jahre zuvor hatte Amerika Nipp und klar erklärt, daß es die Beziehungen zu Deutschland abbrechen müsse, wenn nicht auf den unbeschränkten U-Bootkrieg verzichtet würde.

Die Unabhängigkeit der sog. „Attaches“, d. h. Beigeordneten, vom Reichsminister, wie sie in Amerika bestand, hat allgemeines Staunen erregt. Man hat begütigend darauf hingewiesen, daß bei den Völkern anderer Staaten ähnliche Zustände bestanden haben sollen.

Nach Washington.

Die Delegation wird aus 10, höchstens 11 Mitgliedern bestehen, und zwar vier Delegierte, darunter zwei für das Reich, einer für die Arbeitgeber und einer für die Arbeitnehmer, zwei Sachverständige für das Reichsarbeitsministerium, einer für das Auswärtige Amt, einer für die Fragen der Frauenarbeit (Gehoffin Hanna), ein Mitglied der Christlichen und ein Mitglied der Kirch-Dunderschen Gewerkschaften.

Die Führer der Delegationen der neutralen europäischen Länder sind für Holland: Dudgeest, für Dänemark: Maden, für Schweden: Lindquist, für Norwegen: Lion und für die Schweiz: Dürr.

Wie uns aus Wien berichtet wird, werden die österreichischen Gewerkschaften eine Vertretung wahrscheinlich nicht entsenden.

Nach einer Meldung des Nachrichtenbureaus „Ost-West-Telegramm“ funkt Lenin an alle einen bestigen Protest gegen die Beteiligung an der Washington-Konferenz. Ihr Anstifter Comper sei ein Antisozialist und Feind des proletarischen Befreiungskampfes.

geföhrt, die einfach unerträglich war. Wir würden uns wundern, wenn Bernstorff drüber auch nur eine Stunde ruhigen Schlafes hätte finden können, da er doch nie wußte, welche Übernehmungen ihm am nächsten Morgen „seine Attaches“ bereiten würden.

Das deutsche Volk aber sah während des Krieges aus erstaunten Augen in eine Welt, die ihm ihren Sach täglich ins Gesicht spie. Man sagte ihm, nur der Reich, den das Ausland gegenüber seinen eigenen herrlichen Eigenschaften empfinde, habe zu diesen Hahaussdrücken geführt.

Der Sitzungsbericht.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

In der fortgesetzten Ber.nehmung Graf Bernstorffs fragt Prof. Dietrich Schäfer: In der amerikanischen Friedensnote vom 18. Dezember 1918 spricht Wilson von den kleinen und schwachen Völkern, die man vor Rechtsbruch und Vergeismaltung schützen müsse.

Vorj. Warmuth: Danach wird später zurückzukommen sein. Der Zeuge hat uns gestern aber gesagt, daß Wilson bereits im August 1914 eine Friedensvermittlung angeboten hat, daß Gerard darüber mit dem Kaiser gesprochen und daß die Antwort des Kaisers durch Gerard den Weg nach Washington gefunden hat.

im August 1914 eine Friedensvermittlung angeboten hat, daß Gerard darüber mit dem Kaiser gesprochen und daß die Antwort des Kaisers durch Gerard den Weg nach Washington gefunden hat. Welchen Eindruck hat die Antwort des Kaisers in Washington gemacht?

Graf Bernstorff: Bei Kriegsausbruch war ich auf Urlaub. Ich kam erst am 23. August wieder nach Amerika. Anfang August hatte Wilson einen allgemeinen Appell an alle kriegsführenden Mächte gerichtet. Näheres darüber weiß ich nicht.

Vorj. Warmuth: Was wissen Sie über die Zukunft des Kaisers? Graf Bernstorff: Ich glaube gar nicht, daß es sich um eine Neuhierung des Kaisers handelt, sondern um eine amtliche Antwort

der deutschen Regierung. Es liegt hier offenbar ein Mißverständnis vor. Der Kaiser hatte damals an Wilson wegen der Grenz der belgischen Bevölkerung telegraphiert.

Vorj. Warmuth: Nach dem Buche Gerard's soll eine Zusammenkunft des Kaisers mit Gerard im Aufgarten stattgefunden haben.

Graf Bernstorff: Davon weiß ich nichts.

Abg. Dr. Singheimer: Sie sagten gestern, daß in amerikanischen Regierungskreisen das Friedensangebot vom 12. Dezember als Zeichen der Schwäche gedeutet worden ist. Haben Sie damals auch die Tatsache mitgeteilt, daß dieses Friedensangebot nicht nur vom Auswärtigen Amt, sondern in völliger Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung verfaßt worden ist?

Graf Bernstorff: Mir ist das Friedensangebot telegraphisch übermittelt worden; irgendwelche Aufträge waren an diese Mitteilung nicht geknüpft.

Abg. Dr. Singheimer: Auf Grund der Akten stelle ich dann fest, daß das Friedensangebot vom 12. Dezember

in voller Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung zustande gekommen ist, daß die Oberste Heeresleitung an dem Entwurf sogar Verbesserungen vorgenommen hat und daß das Angebot auch in völliger Übereinstimmung mit dem Kaiser in die Welt gegangen ist.

Vorj. Warmuth: Wir kommen nunmehr zu der Periode, die mit dem amerikanischen Friedensangebot beginnt.

Graf Bernstorff: Wilson hielt trotz unseres Friedensangebotes an der Friedensvermittlung fest. Das Wilsonsche Angebot erreichte gerade deshalb so großes Aufsehen in Amerika, weil es direkt auf unser Angebot folgte, so daß der Ansehen erweckt wurde, als sei Wilson dadurch ermuntert worden. Infolgedessen hatte Wilson in seiner Note ausgesprochen, daß sein Angebot nicht mit dem deutschen Angebot zu tun hätte, daß es vielmehr schon vor längerer Zeit beabsichtigt gewesen ist. Die öffentliche Meinung in Amerika hat den Schritt Wilsons absolut als produktiv angesehen. Die ganze Presse schrieb in diesem Sinne und die Stimmung in Washington war ebenso. Ich habe denn Lausung gefragt, wie er sich den weiteren modus procedendi vorstelle. Ich habe darüber mit ihm eine eingehende Unterredung gehabt. Nach meiner jetzigen Kenntnis von den Dingen bin ich der Auffassung, daß ein Widerspruch herrsche zwischen der deutschen Antwort auf Wilsons Note und meinen Auffassungen. Ich habe damals angenommen, daß die deutsche Antwort sagen sollte, daß wir eine Friedensvermittlung insoweit wünschten, daß eine Konferenz zustande käme, auf der verhandelt werden sollte. Ich habe aber nicht angenommen, daß damit die Wilsonsche Friedensvermittlung beendet werden sollte. Jetzt muß ich allerdings annehmen, daß unsere Antwort vom 26. Dezember die Absicht verfolgte, die Wilsonsche Friedensvermittlung völlig abzuschneiden.

Zu meiner jetzigen Auffassung bin ich vor allem gekommen durch ein Telegramm des Kaisers an das Auswärtige Amt, in dem gesagt wird, warum ich noch von Friedensvermittlung Wilsons spräche, während eine solche Vermittlung doch gar nicht mehr bestände.

Vorj. Warmuth: Woraus schließen Sie, daß die deutsche Regierung von einer Friedensvermittlung Wilsons nichts wissen wollte? In dem Wilsonschen Friedensangebot heißt es doch ausdrücklich, es solle kein Frieden vorgeschlagen werden, es biete nicht einmal eine Vermittlung an, sondern wolle

nur das Terrain sondieren.

Dann bestand für die deutsche Regierung doch kein Anlaß, diesen Schritt als eine Friedensvermittlung aufzufassen. Wie kommen Sie dazu, der deutschen Regierung die Absicht zu unterstellen, daß sie einer Friedensvermittlung abgeneigt war?

Graf Bernstorff: Ich habe die Note Wilsons als Friedensvermittlung deshalb angesehen, weil sich dies mit Notwendigkeit aus früheren Ereignissen ergab. Die Note war absichtlich unklar und taktisch

gehalten, um eine Ablehnung unmöglich zu machen. Hätte Wilson direkt den Frieden angeboten, er wäre abgelehnt worden. So aber war eine Ablehnung tatsächlich nicht möglich. Ich kann nur wiederholen, daß nach meiner damaligen Ansicht unsere Note vom 26. Dezember nichts änderte an dem Verhalten unserer Regierung, und daß nur gesagt werden sollte, daß wir eine Einmischung Wilsons in territoriale Fragen nicht wünschten. Heute bin ich aber anderer Auffassung als damals.

Vorj. Warmuth: Wilson legte auf die Mitteilung der Friedensbedingungen also keinen abschlaggebenden Wert, so daß die deutsche Verweigerung solcher Bedingungen kein Hindernis für den Frieden bedeuten konnte?

Graf Bernstorff: Aber Wilson hat natürlich geglaubt, daß wir schließlich unsere Bedingungen mitteilen würden.

Abg. Singheimer: Gegenüber dem Abg. Warmuth stelle ich fest, daß das Kernstück der Note Wilsons vom 18. Dezember die Bitte an alle Kriegführenden ist, konkrete Friedensbedingungen mitzuteilen. In der deutschen Note, die als Antwort auf dieses Ersuchen abgeschickt ist, wird aber die Bitte Wilsons um Bekanntgabe der Friedensbedingungen überhaupt nicht erwähnt. Daraufhin telegraphierte Graf Bernstorff, daß Lausung ihn nunmehr gebeten habe, ihn wenigstens vertraulich unsere Friedensbedingungen mitzuteilen.

Graf Bernstorff: Das ist richtig.
Abg. Dr. Singheimer: Auf die Uebermittlung dieser Bitte Lanjings antwortete Staatssekretär Zimmermann am 1. Januar, also

zwei Tage vor dem U-Bootkrieg.

Graf Bernstorff möge diese Frage dilatorisch behandeln.
Graf Bernstorff: Aus diesem Wort habe ich gerade geschlossen, daß alles so bleiben sollte, wie bisher.
Abg. Dr. Singheimer: Sie sprachen vorher von einem Telegramm des Kaisers. Dieses Telegramm ist vom 18. Januar 1917 datiert und an den Staatssekretär Zimmermann gerichtet. Darin heißt es wörtlich:

„Seine Majestät lassen Euer Exzellenz für die Auskunft danken. Zum Telegramm bemerkt Seine Majestät, daß Allerhöchst dieselben gar keinen Wert auf Wilsons Friedensangebot legen. Falls Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, ist es nicht zu ändern, es wird vorgegangen.“

(Bewegung.) Auf Grund dieses Telegramms und jehiger Veröffentlichungen sind Sie also zu der Auffassung gekommen, daß die Wilsonsche Friedensvermittlung von uns beseitigt werden sollte?

Graf Bernstorff: Jawohl.
Vors. Warmuth: Damals hatten Sie diese Auffassung aber nicht, und auch die Instruktionen lauteten anders.

Graf Bernstorff: Ich habe die Instruktionen so verstanden, daß wir die Wilsonsche Vermittlung weiter wünschten.

Professor Bonn: Ich kann feststellen, daß also die Äußerungen des Kaisers und der Schriftwechsel mit Zimmermann nach Washington nicht zu Ihrer Kenntnis gekommen sind. (Graf Bernstorff verneint.) Damit scheidet die Möglichkeit, von Ihnen Informationen über diese Dinge und ihre Wirkungen zu erhalten, aus.

Graf Bernstorff: Das ist vollkommen richtig. Damals nahm ich die Note als eine

Fortsetzung der Friedenspolitik

an, während ich heute nach dem Stande der Veröffentlichungen annehme, daß diese Note die Friedensvermittlung Wilsons bedeuten sollte. Ich habe die Note damals bebauert, weil sie mir nicht genügend entgegenkommend zu sein schien.

Professor Bonn: Sind Ihnen die konkreten Friedensbedingungen vor dem 29. Januar mitgeteilt worden?

Graf Bernstorff: Nein.

Professor Bonn: Sind Ihnen die deutschen Friedensbedingungen in einer nicht konkreten Form mitgeteilt worden?

Graf Bernstorff: Mit Ausnahme des Telegramms, in dem gesagt wird, daß Belgien nicht annektiert werden soll, nicht.

Vors. Warmuth: Es ist immer gesagt worden, die Friedensbedingungen seien maßvoll gewesen im Gegensatz zu den unvernünftigen Forderungen der Entente.

Graf Bernstorff: Sie waren sehr maßvoll. In Amerika fragte man sich, warum die Friedensbedingungen nicht bekanntgegeben wurden. Ich entgegnete, sie würden, da sie so maßvoll wären, im Gegensatz zu den Feinden, den

Eindruck der Schwäche

herbortreten. Lanjing erwiderte mir, das verstehe er nicht, warum wir nicht ebensoviel forderten wie die anderen. Man könnte sich dann auf der Mitte einig.

Professor Bonn: Drängte nicht nur die amerikanische Regierung, sondern auch die öffentliche Meinung sehr stark auf eine Bekanntgabe der Friedensbedingungen?

Graf Bernstorff: Die ganze Presse besonders. Jeder erwartete es.

Professor Bonn: Die amerikanischen Zeitungen versuchten, sich Vorstellungen über die Friedensbedingungen zu machen.

Graf Bernstorff: Jede Zeitung behauptete, Informationen zu haben. Ich kann kategorisch erklären, daß ich in Amerika nie mals offiziell die deutschen Bedingungen vor dem 29. Januar 1917 genannt habe. Ich habe wohl in der Unterhaltung davon gesprochen, aber niemals bestimmte Bedingungen genannt.

Abg. Cohn: Wann wurden die Bedingungen vom 12. Dezember überreicht?

Graf Bernstorff: Gleichzeitig mit der Erklärung des verstorbenen U-Boot-Krieges.

Vors. Warmuth: Das waren doch die Bedingungen, wie sie gewesen wären, wenn das Angebot vom 12. Dezember angenommen wurde. Die Auffassung, als ob es danach mit Friedensvermittlungen vorbei wäre, ist nicht richtig. Es wird ausdrücklich

darauf hingewiesen, daß wir den Präsidenten hätten, seine Bemerkungen fortzusetzen, und daß wir

zur Einrückung des U-Boot-Krieges

bereit wären, sobald seine Versuche einen Erfolg versprächen.

Abg. Cohn: Bezog sich die Erklärung Lanjings über die Friedensbedingungen, daß sie so maßvoll seien und man sich auf der Mitte einigen müsse, auch auf Belgien?

Graf Bernstorff: Nein. Eine amerikanische Friedensvermittlung ohne Wiederherstellung Belgiens war vollkommen ausgeschlossen.

Abg. Dr. Singheimer (Soz.): Stellt fest, daß die Friedensbedingungen, die am 28. Januar Wilson mitteilt wurden und die sich auf das Angebot vom 12. Dezember beziehen, nicht den Bedingungen in den Aft'en entsprechen.

Abg. Cohn (U. Soz.): Ist Ihnen bei der Rückkehr nach Deutschland bekannt geworden, daß die Bedingungen, die Sie Wilson mitteilen sollte, andere waren als diejenigen, die am 12. Dezember vereinbart wurden?

Graf Bernstorff: Das höre ich heute zum ersten Male. Im übrigen haben die Friedensbedingungen damals keine Rolle mehr gespielt, da ich sie nur selbst in Frage erhalten habe, wie die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, und da damit

der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ausgesprochen war.

Abg. Cohn (U. Soz.): Erschienen die mitgeteilten Bedingungen als maßvoll?

Graf Bernstorff: Ich habe sie für maßvoll gehalten. Ich legte aber keinen Wert mehr darauf, da ich wußte, daß die diplomatischen Beziehungen abgebrochen wurden.

Gesamt-Schüler: Dachte Wilson, als er von den kleineren und schwächeren Völkern sprach, die er schützen wolle, nur an Belgien oder auch an Griechenland?

Graf Bernstorff: Ich persönlich nehme an, daß er Belgien meinte.

Es wird dann die Frage der Entente-Ablehnung zur Verhandlung gestellt.

Graf Bernstorff: Soweit meine Verhandlungen mit dem Vertreter des Präsidenten Wilson in Betracht kommen, so habe ich mir immer gesagt, daß er die Bedingungen der Entente als nicht ernst zu nehmen betrachte. Er hat auch ausgesprochen, die Entente habe die Absicht, uns zum U-Boot-Krieg zu bringen, um die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen.

Soz. Professor Bonn: Sie erwähnten, von amerikanischer Seite sei gesagt worden, die Entente versuche, durch maßlose Friedensbedingungen und in eine U-Boot-Falle zu locken. Hatten Sie mit dieser allgemeinen Bemerkung eine bestimmte Persönlichkeit im Auge?

Graf Bernstorff: Bei den Verhandlungen ist öfter die Auffassung laut geworden, die Entente würde unter allen Umständen versuchen, einen Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu provozieren, um so den europäischen Krieg zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Professor Bonn: Das sind Äußerungen des Obersten House?

Graf Bernstorff: Ja. Ich habe in der öffentlichen Meinung alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Friedensbestrebungen Wilsons zu fördern. Das muß ich betonen, weil in einem Teil der deutschen Presse Angriffe gegen mich erhoben wurden, ich betriebe eigene Politik gegen die Regierung.

Vors. Warmuth: Vom Staatssekretär Zimmermann ist Ihnen mehrfach nahegelegt worden, einen energischen Druck Wilsons auf England zu veranlassen, namentlich für ein Ausfuhrverbot. Sie sollen daraufhin erklärt haben, das sei nicht gut möglich, weil Wilson Rücksicht auf den amerikanischen Handel zu nehmen habe. Richtig da nicht die

Rücksicht auf den Handel

zurücktreten gegenüber der viel wichtigeren Frage des Friedens?

Graf Bernstorff: Die Interessen des Handels sind gleichbedeutend mit denen der Industrie. Die Situation hatte sich wesentlich geändert, als Wilson wiedergeboren worden war, und zwar auf Grund des Programms, den Frieden zu erhalten und die Kriegsberühmung der Vereinigten Staaten zu erhöhen. Unter Kriegsberühmung war nicht nur die Vermehrung der Armee, sondern auch die Schaffung einer starken Flotte und besonders einer großen Handelsflotte zu verstehen. Die Stimmung der Industrie war nicht mehr gegen einen für uns günstigen Frieden feindlich gestellt wie früher.

Referent Abg. Singheimer (Soz.): War die ehrliche Aussicht vorhanden, daß die Entente auf die Friedensverträge Wilsons einzugehen würde?

Graf Bernstorff: Daß eine positive Handlungsmaßnahme fassbar war, nehme ich an, beizubehalten kann ich es aber nicht. Wilson

hatte mir immer sagen lassen, er würde die Friedensvermittlung nur vornehmen, wenn begründete Aussicht auf Erfolg vorhanden sei.

Abg. Singheimer: Im Kreuzverhör des Senats soll Wilson die Frage, ob, wenn wir nicht den uneingeschränkten U-Boot-Krieg angefangen hätten, Amerika doch in den Krieg mit uns eingetreten wäre, bejaht haben. Welche Bedeutung schrieben Sie dieser Äußerung zu?

Graf Bernstorff: Diese Frage führt auf das Gebiet der Psychologie. Unter meinem Eide kann ich nicht sagen, was Wilson geantwortet hat. Die Frage an Wilson lautete nach meiner Erinnerung: „Herr Präsident, glauben Sie, daß unsere moralische Auffassung über die deutsche Schuld am Kriege uns auch in den Krieg hineingezogen hätte, wenn Deutschland nicht unsere Unterthanen und unseren Handel in unredlicher Weise angegriffen hätte?“

Darauf hat der Präsident geantwortet:

„Ich hoffe es.“

Auf die Frage: „Glauben Sie, daß wir also doch in den Krieg hineingekommen wären, selbst wenn Deutschland sich nicht speziell gegen uns und vergangen hätte,“ antwortete Wilson: „Ich nehme es an.“ Meine Anschauung geht dahin, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und uns gleichbedeutend mit der Kriegserklärung war, die vielleicht noch einige Wochen hätte auf sich warten lassen; sie war aber die unabdingbare Folge. In dem Augenblick, wo unsere Wirtschaft in Washington ausgeschaltet war, waren wir der Deutschland feindlichen Propaganda gegenüber wehrlos.

Auf Anregung Prof. Bonn wird beschlossen, den englischen Text in der morgigen Sitzung vorzulegen und diese Aussprache jetzt juristisch zu stellen.

Professor Bonn: Ist Ihnen bekannt, daß Wilson durch den Erlaß seines Friedensangebotes in den Geruch leidenschaftlicher Deutschlandsfreundlichkeit gekommen ist? Bei dieser Gelegenheit soll Staatssekretär Lanjing einmal nicht unbedenklich ausgesprochen sein bei dem Bestreben, die Sache etwas zu ebnen. Er soll Interventionen gesagt haben, der Präsident habe das machen müssen, wenn der U-Boot-Krieg komme, so bedeute das den Krieg mit Deutschland, und der Präsident wolle keinen Krieg. Eine ähnliche Äußerung soll Gerard schon auf dem Schiffe gemacht haben gegenüber einem Vertreter der „New York World“.

Graf Bernstorff: Wilson wollte einen Augenblick abwarten, wo keiner der beiden Kriegführenden noch die Hoffnung hatte, den Sieg zu erringen. Andererseits wußte er, daß die Entente mit dem Eintritt Amerikas in den Krieg rechnete. Deshalb hat er immer gesagt, er sorge keine Friedensvermittlung an, solange irgendwelche Kontroversen mit Deutschland vorhanden sei.

Vors. Warmuth: Wilson geht doch immer als der Mann, der für Menschlichkeit und Gerechtigkeit

eintritt. Hat Wilson sich über diese rein menschlichen Gesichtspunkte geäußert?

Graf Bernstorff: Diese Frage ist von mir häufig berührt worden, so bei der „Austonia“- und der „Sussex“-Frage. Die Hungerblockade hielt er für illegal.

Abg. Singheimer: Glauben Sie an den guten Willen Wilsons, den Frieden zu vermitteln?

Graf Bernstorff: Ja.

Abg. Singheimer: Sollte es ein Frieden zugunsten der Entente sein?

Graf Bernstorff: Wilson sagt am 22. Januar, ein

Frieden ohne Sieg

solle erreicht werden; ich habe es so verstanden, daß das bedeutet, Deutschland solle seine Weltstellung in vollem Umfang behalten. Ich hielt Wilson für einen ehrlichen Mann.

Professor Bonn: Im Sommer 1916 hat Wilson sich eine ganze Anzahl Kampfmittel wirtschaftlicher Art, so gegen die Schwärzen Listen, bewilligen lassen. Wir müssen feststellen, ob er versucht hat, sich damit wirtschaftliche Machtmittel gegen die Alliierten zu beschaffen.

Graf Bernstorff: Die Rede Wilsons am 22. Januar ist als ein besonders feierliche Akt anzusehen, denn die Rede wurde schon vorher nach Europa telegraphiert. Tags zuvor erhielt ich die Mitteilung, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg eröffnet werde. Ich versuchte, im letzten Augenblick noch einen Aufschub zu erreichen. Als ich die Mitteilung überbrachte, wußte er sicherlich noch nichts davon.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Singheimer erklärt Graf Bernstorff: Niemals ist von amerikanischer Seite mit mir über einen Frieden verhandelt worden, worin auch nur die geringste Abtretung deutschen Gebietes und zugemutet worden wäre.

Darauf werden die Verhandlungen abgebrochen und auf Donnerstag im gleichen Saale vertagt.

Der Dieb.

Von Gottfried Klotzel.

Im Allerfeinsten, wenn die frühen Abendnebel feuchten, lief Karl Mährin mit andern Kindern in die düstere Kirche, wo die Dämmerung um das ewige Licht schauerte, und schobte von den alten, brandwundenen Beistühlen jenes herrenlose Wachs, das während der Messe von den Wachsflößen der Frauen tropfte. Obwohl er wußte, daß es nicht verboten war, das zu tun, so fühlte er doch keine völlige Ruhe, solange er allerlei Figuren, Kerzen, Hanswurst und schwarze Hunde daraus incrustete. Erst wenn er das Wachs um einen weichen Wachsflößen gedreht und diese ärmlichen Kerzen einem armen Weiblein, das in der Nähe seines Elternhauses gebrochene Schürme mit neuen Spongen verjast und flüchte, geschenkt hatte, fühlte er Begegnung.

Das selbe heilige Gefühl für fremdes Gut bewachte er auch als Bekehrung und später als Geselle. Alle Werkzeuge der Schlosserwerkstätte schon er, als wären es seine eigenen, die besorgt die Werkstätten und lag, ehe er die Werkstätte verließ, alles wie sein eigenes Gut.

Über die furchenden Mäher und peitschenden Riemen schienen nicht zu fühlen von all der Güte, die der Geselle im Herzen trug. Hinterlistig wie Raubtiere schnaubten sie auf und erfahnen ihn am Arm. Arg verlegt kam er in das Krankenhaus. Die Ärzte legten ihn auf den darmfressigen Tisch, betäubten ihn und desinfizierten die blauen Messer.

Von dieser Stunde an war Karl Mährin ein Krüppel. In der Werkstatt schwebten die Dämmer in andern Häusern, andere Hände näherten die hungrigen Maschinen.

Karl Mährin aber kam durch Vermittlung seines Meisters zu dessen Vetter, der in einer großen Stadt mit fünf Gesellen das Schneidergewerbe übte, und erhielt dort für das Ausfragen neuer und das Abholen alter Angabe zwar Lagen, aber doch hinlängliches Tageslohn. Zudem gab es Hände, in denen mitleidiges Trümmergeld bereit lag, so daß Karl Mährin einige tolle Jahre verlebte.

Als aber der Meister starb und das Geschäft in die Hände eines andern überging, verlor Karl sein Brot. Er suchte nun, irgendwas anders als Aussträger unterzukommen, fand auch freie Stellen, verlor diese aber bald wieder, weil er als Krüppel die Geschäfte nicht so tollenden konnte, wie einer mit gesunden Gliedern.

Lage des Hungers brachten über ihn herein, und leere Mähe tauchten ihm den Schlaf.

An einem späten, nebeligen Winterabend, nachdem Karl Mährin zwei Tage lang nichts gegessen hatte, wandelte er betäubt durch die düsternen Straßen. Er wußte eigentlich selbst nicht warum. Tüffelartige Orangen lagen in einem Korb, der vor dem Laden einer Obstlerin stand, und ründeten sich aus der Tiefe, als verlangten sie nach einer hohlen Hand.

Karl Mährin überleben. Er gitterte, als seine schlaffen Hände zufällig eine Frucht streifen. Sein Herz klopfte ängstlich wie vor einer Verführung.

Wie nicht derselbe Gott, der den Mäheren befehl, Herzlos zu sein, diese Früchte zur Sünde gedeihen? Wollte jener Gott, der die Vögel auf dem Felde nährt, geizig gegen unglückselige Menschen sein? Sollten die hungrigen Späßen einst in der Hölle brennen, weil sie den fottlen Tausen eines Bauern einige Körner stahlen? Ein Gefühl überkam ihn, wie noch nie. Als fühlte er jenen Gott in seinen Fingern, als böge dieser ihm das Geleit, als zöge er ihm den Arm aus dem Korb, drängte ihn fort, fort —

Er hatte es doch nicht selbst getan? Es war nicht mehr seine Hand, die diese lachende Frucht umklammert hielt! Keint! Keint! Er hatte es nicht getan! Es war eine fremde Hand, die er nie an sich sah, nie fühlte seit seiner Kindheit! Er sträubte sich, dieser Hand zu gehorchen! Zurück! Zurück! Seine Hand sollte die Frucht wieder in den Korb werfen! Seine ehrliche Hand!

Im selben Augenblick stürzte die Obstlerin aus dem Laden und schrie nach der Polizei. Menschen häuften sich um den krüppeligen Mann und versperrten ihm den Ausweg.

„Ich habe nicht gestohlen!“ sagte er mit matter Stimme.

„Ich weiß nicht, es war so seltsam, so...“

Da wurde er plötzlich wech und brach zusammen. Als er wieder aus der Ohnmacht erwachte, sah er die tiefblauen Scherzen neben sich. Sie griffen ihm unter den Arm und führten ihn in die Wachtstube.

Karl Mährin hatte sich wegen Diebstahl zu verantworten.

„Ich habe nicht gestohlen,“ sagte er. „Es war eine andere Hand, nicht die meine!“

Der Richter glaubte, einen abgefeimten Dieb vor sich zu haben und verurteilte ihn.

In der Hölle erlebte Mährin einen seltsamen Traum: Er sah zwei Hände, die einander nähertrachteten. Die eine hing aus dem Himmel und gedrückte Brot unter den Fingern. Die andere wuchs aus der Erde und umkrampfte einen Dolch, der nach Noche leuchtete.

Als Karl Mährin wieder entlassen wurde, stahl er.

Amerikas schwerste Frage.

Rogerouffände sind in letzter Zeit des öfteren aus Amerika gemeldet worden, und die wärrn Verhältnisse, die gegenwärtig überhaupt in den Vereinigten Staaten herrschen, werden dadurch außerordentlich verstärkt. Als die schwerste und wichtigste Frage unter allen sozialen Problemen Amerikas wird die Rogerfrage von dem Washingtoner Berichterstatter der „Times“ bezeichnet, der die Ermüdung und Juspigung dieses Rossengegenges behandelt.

Es gibt in den Vereinigten Staaten gegenwärtig über 10 Millionen Leute, die schwarzes oder Mulattenblut haben. Diese Nachkommen der einstigen Sklaven sind mehr und mehr amerikanisiert worden, und in eine je höhere soziale Stellung sie aufrücken, desto

größer wird ihre Unzufriedenheit und ihr Haß gegen die Weißen, mit denen sie in Wettbewerb treten. Früher wohnte der größte Teil dieser Roger, die etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachen, in den Südstaaten. So hatte z. B. Alabama 1910 1 200 000 Weiße und 800 000 Farbige, Georgia 1 400 000 Weiße und 1 140 000 Farbige, Mississippi 780 000 Weiße und 1 000 000 Farbige. In Nebraska, dessen Hauptstadt Omaha der Schandplatz heftiger Rogerouffände vor kurzem gewesen ist, gab es 1910 nur 7500 Farbige gegenüber 1 180 000 Weißen. Die Roger wohnen in festabgegrenzten Vierteln der Städte, und sogar in Washington findet man ganze Straßen mitten in der besten Gegend der Stadt, in der nur Farbige wohnen. Je mehr aber der Roger nach Norden vordringt, um so weniger fühlte er sich an diese eigentlichen Rogerdviertel gebunden; er drang immer mehr in die von Weißen bewohnten Stadtteile ein, und bei der Verachtung, die der weiße Amerikaner dem farbigen gegenüber fühlte, mußte das viel böses Blut machen. Dazu kam noch die Eifersucht des weißen Arbeiters gegen den neuen Wettbewerber.

So war also bereits vor dem Kriege Jimstich genug aufgespreizt, und er ist während des Krieges sehr vermehrt worden. Die Roger wurden in großen Scharen nach Frankreich geschickt und dort als Verbündete mit offenen Armen aufgenommen. Hier merkten sie nichts von der strengen Schreibung, die sie im amerikanischen Leben auf Schritt und Tritt zurücksetzt. Sie empfanden es nun um so peinlicher, daß sie in den Südstaaten in besonderen Strafenwohnwagen fahren mußten und in jeder Hinsicht als Läger zweiter Klasse behandelt werden. Ihr Selbstgefühl hob sich, und sie hörten besonders eifrig auf die Stimmen ihrer Führer, die ihnen vorheulsten, wie sie in künftigen Zeiten von der weißen Rasse ausgebeutet und dann wieder in ihre Parastellung zurückgestoßen werden. Seit vielen Jahren gibt es zwei verschiedene Wege für die Erziehung des amerikanischen Rogers. Die eine Methode sucht ihm nur eine technische Ausbildung zu geben, damit er als Handwerker und als Bauer sein Fortkommen findet. Der andere Weg will ihm dieselbe Ausbildung wie dem Weißen verschaffen, und diese Eröffnung einer besseren Erziehung hat große Fortschritte gemacht.

Es gibt heute Roger, die angesehenen Regierungsstellen innehaben, vornehmliche farbige Ärzte und Rechtsanwälte, und viele tausend Roger sind reich genug, um sich ein eigenes Auto zu halten. So ist z. B. in New York eine blühende farbige Gemeinde entstanden, die in schönen Straßen wohnt, ihre eigenen Theater und sonstige Kulturunternehmungen besitzt. Aber das ist auch die Reifezeit der

Der gebildete Roger ist der sozialistischen Bewegung besonders zugänglich, und so sind eine große Anzahl von Organisationen entstanden, die mit den Sozialisten zusammenarbeiten, so die „Liga für Demokratie“, ein Bund farbiger Soldaten, die gegen ihre weißen Offiziere Anzeigen erheben, die „Universal Negro Improvement Association“, deren Programm ist, das Klassenbewußtsein unter den Roger der ganzen Welt zu stärken und alle farbigen Rassen zusammenzuschließen, der Nationalbund für die Errichtung von Gewerkschaften unter den Roger, die Quantitative Weltliga, die Weltliga der schwarzen Völker usw. Alle diese Vereinigungen werden von farbigen Sozialisten geführt und verlegen über „aufsteigende“ Blätter, wie die New Yorker Zeitungen „Messenger“ und „Crisis“

Minister Braun rechnet ab.

In der Mittwochsitzung der Preussischen Landesversammlung führte

Landwirtschaftsminister Braun

aus: Ich bedaure, daß Abg. Graf v. Arnim bei der Begründung des deutschnationalen Antrages um Aufhebung der Zwangswirtschaft in West- und Ostpreußen gesagt hat,

Ostpreußen

sei von der Regierung bereits aufgegeben. Dabei kann keine Rede sein. Wir erkennen nicht die schwierige Lage Ostpreußens und werden bestrebt sein, mit allen Mitteln seine geistige und wirtschaftliche Verbindung mit uns enger zu gestalten. Allen Bemühungen der Feinde zum Trotz. Wir müssen aber auch erwarten, daß Ostpreußen sich ein mit Preußen und Deutschland faßt. (Lebh. Zustimmung.) Ostpreußen ist Lebenslohngebiet und muß zur Ernährung des Landes weitaus der Weidest beitragen; ebenso ist es selbst oder auf die Lieferung von Kohlen aus dem Westen angewiesen; hier muß also dauernd ein wirtschaftlicher Ausgleich stattfinden. Daß die Verbindung Ostpreußens mit dem Westen durch die Erfüllung des Wunsches nach Aufhebung der Zwangswirtschaft ungenügend gestaltet wird, ist entschieden zu bezweifeln. (Lebh. Sehr richtig! links.) Die vom Grafen v. Arnim wieder demangelte Beschränkung des Eisenbahnverkehrs im Osten trifft auch Schlesien und andere Landesteile. Die Kritik an dieser Maßnahme schafft die Laune nicht aus der Welt, daß die Versorgung des Westens mit Kartoffeln und des Ostens mit Kohlen gefährdet war und deshalb einschneidende Maßnahmen unumgänglich gewesen sind. Gegenwärtig finden mit Polen Verhandlungen statt über die Wiedervereinigung der alten Verkehrslinien. Wenn diese Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis kommen, ist Abhilfe möglich.

Landwirtschaftskammern

sind in der jetzigen Zusammensetzung nicht mehr zeitgemäß. Sie sind keine Vertretung des gesamten landwirtschaftlichen Berufsstandes. Die Reichsregierung bereitet darüber ein Rahmengesetz vor, das von den Landesregierungen ihren besonderen Bedürfnissen entsprechend ausgebaut werden muß. Wenn das Reich damit auskommen wird, werden auch wir baldmöglichst einen Gesetzentwurf über die Neugestaltung der Landwirtschaftskammern einbringen. (Beifall.) Wenn landwirtschaftliche Kreise mit dem Streikgebanken spielen, so mache ich auf die Gefährlichkeit eines solchen Streiks aufmerksam. Der Streik der Landwirte bedeutet Hunger und Elend für das ganze Volk. Man hat behauptet, ich sei der

Minister für die Landarbeiter

und gegen die Landwirtschaft. Damit stellen die Herren es so dar, als ob die Landarbeiter nicht zur Landwirtschaft gehören. (Lebh. Widerspruch rechts und große Unruhe.) Ihre (noch rechts) ganze Tätigkeit ist darauf gerichtet gewesen, die Landarbeiter wieder zu halten. Jetzt, wo eine Änderung eingetreten ist, wo der Minister unparteiisch ist (Lachen rechts), werden solche Vorwürfe erhoben. (Zuruf rechts: Volkserfassungsredel) Die Schlimmsten in Pommeren über meinen Erfolg zur Sicherstellung der landwirtschaftlichen Arbeiten sind lediglich ein Ausfluß der gereizten Stimmung; man hat auf der rechten Seite ein anderes wirksames Mittel mehr gegen den Landwirtschaftsminister und kommt deshalb immer darauf zurück. (Unruhe rechts.) Graf Westarp hat in der „Kreuzzeitung“ erklärt, die Arbeitgeber hätten den Abschluß von Tarifverträgen nicht abgelehnt, sondern die Vorbedingung gestellt, daß die Einhaltung des Vertrages auch wirklich gesichert sein müsse. Herr v. Herzberg-Lottin erklärt in der „Deutschen Tageszeitung“, Tarifverträge mögen für die Industrie notwendig und vorteilhaft sein, für die Landwirtschaft seien sie unzumutbar und nicht gleichmäßig durchführbar. Herr v. Herzberg-Lottin ist der Führer der ganzen Gruppe und muß es wohl wissen. Von Verhandlung zu Verhandlung wurden Beschlüsse von den Arbeitgebern verschleppt, im entscheidenden Augenblick hatten sie keine Vollmachten oder aber sie verlangten eine Ration von 300 000 M., um sich gegen Bruch des Vertrages zu schützen. Schließlich erklärten ihre Kommission überhaupt nicht, weil sie keinen Auftrag hätten, an dem fruchtlosen Tage zu verhandeln. Nachher behaupteten sie, der Landarbeiterverband habe die Verhandlungen abgebrochen. Die

unwahrhaftige Kampfweise hinterpommerscher Edelkute

nagele ich hiermit gebührend fest. Auf den Artikel des Grafen Westarp habe ich der „Kreuzzeitung“ eine sachliche Richtigstellung geschickt; sie ist bis heute noch nicht abgedruckt. Dagegen gab sie v. Herzberg-Lottin und seiner Auffassung wieder Raum. Das ist deutschnationaler Journalismus! Diese Presse gebraucht Unwahrheiten und Beschimpfungen und unterdrückt dafür die Wahrheit.

Brutal soll es sein, wenn ich in wenigen Wochen der Landwirtschaft Tarifverträge aufzwingen? Der Großgrundbesitz hat bisher mit brutaler Gewalt die Arbeiter niedergehalten. Es muß gelingen, der Landwirtschaft den

Gedanken der Tarifverträge

und damit friedliche Verhältnisse so schnell wie möglich zu bringen. Das Vertrauen aller Landwirte werden wir nie erhalten, es genügt, wenn wir das Vertrauen der Millionen Kleinbauern und Landarbeiter gewinnen. Mühte ich das Vertrauen der Rechts gewonnen, würde ich nicht eine Stunde lang an dieser Stelle stehen. Entgangenen Konjunkturgewinn bezeichnen die Herren jetzt als Sonderbesteuerung und unerträgliche Belastung. Was der frühere König als Brautwunder bezeichnete, das treiben sie umgekehrt. Aber entgangenen Gewinn eine Sonderbesteuerung nennen, das ist so deutschnational. Der Abg. Nippel hat gerufen: Fort mit dem Minister! (Abg. v. Kardorff: (Dm.): Ja, ja!) Solange ich das Vertrauen meiner Partei (stürmische Heiterkeit rechts. Minutenlanges großes Lärm. Zurufe rechts: Da haben wir ihn!) Solange ich das Vertrauen meiner Partei und der Mehrheit dieses Hauses habe, werde ich diesen Platz nicht verlassen, mögen die Angriffe noch so dicht hageln. Lust und Liebe spielen nirgends eine so große Rolle wie in der Landwirtschaft. (Ironische Zustimmung rechts.) Dazum helfen Sie mit Sorgen für den Wirtschaftskrieden. Die Tatsache, daß die Landwirtschaft identifiziert wurde mit reaktionärer Politik, hat zu dem Gegensatz zwischen Land und Stadt geführt. (Zuruf des Abg. Graf v. Arnim: Parteigeredel) Wie stehen vor dem Abgrunde, unserem Volk können wir nur helfen, wenn wir alle Einnahmigkeit und jeden Streit beiseite stellen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. v. d. Osten (Dm. Sp.): Wer hat draussen im Lande Krieg und Klassenkampf gepredigt? Der Epizismus der Landarbeiter ist von den Linken ausgepflegt worden. (Große Unruhe links.) Streifen etwa die Agrarier am meisten? (Großer Lärm links.) Wir verlangen die Aufhebung der Verordnung; ja, das genügt uns noch nicht einmal. Wir verlangen auch die Feststellung ihrer Rechtsunfähigkeit. Welche der Staatsregierung, die den Rechtsboden verläßt. (Großer Lärm.) Die Sozialdemokraten verfolgen den Zweck, durch laibhafte Agitation auf dem Lande ihre in den Großstädten nach links abzuwimmenden Mitglieder durch Gewinn von Landarbeitern zu ersetzen. (Widerspruch der Sozialdemokraten.) Die Landarbeiter sind aber zu vernünftig, um sich durch sozialdemokratische Agitatoren auf die Damer einzulassen. (Andauernde Unruhe.) Die Industrie kann keine Waren ausführen, noch denen das Ausland hungert, weil die Arbeiter nicht

arbeiten wollen. (Andauernde Lärm links.) Wir lassen uns den Glauben an Deutschlands Wiederaufstieg nicht nehmen, bezweifeln aber, daß der gegenwärtige Landwirtschaftsminister mit seinen Theorien imstande ist, dem Wiederaufbau zu dienen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Der Staatskommissar für das Ernährungswesen erklärt es als böse Zeichen, daß einzelne Staaten an die Durchsicherung der Zwangswirtschaft herangehen. (Zustimmung.) Donnerstag 12 Uhr: Weiterberatung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Der Münchener Gesellenmord vor Gericht.

München, 22. Oktober.

Auch das Gesellenvereinsmitglied Schütte behauptet, daß das Garbe-Divisionsgericht parteiisch im Interesse der Angeklagten verfahren sei. Gegen den antretenden Staatsanwalt erhebt der Zeuge den Vorwurf, daß dieser nicht die Anklage auf Mord ausgebeutet habe, sondern nur wegen Totschlags gegen die vier Angeklagten prozessiere, neben denen übrigens auch deren Vorgesetzte und viele andere auf der Anklagebank sitzen müßten. (Zustimmung im Zuhörerraum.) Das, was am Karolinenplatz geschehen sei, sei nach der allgemeinen Volkstimmung entschieden Mord gewesen. Es sei auch nicht richtig, daß man die Gefangenen bis zuletzt als Spartaisten betradet habe. Er habe vielmehr den Verdacht, daß der Gesellenverein denunziert worden sei und daß auch die Patrouille wußte, um was es sich handelte. Der Zeuge, der sehr aufgeregt ist, beschuldigt vor allem den Angeklagten Rafowski in schwerster Weise. Er habe diesem ausbrüchlich seinen Ausweis vorgezeigt und sofort betont, daß eine harmlose Gesellenvereins-

hier der Hauptmann v. Sutterheim erschien. Er musterte uns, so befandet der Zeuge, und ordnete an, daß wir nach Waffen durchsucht würden. Es wurden aber keine gefunden. Rafowski rief mir dabei den Mord entgegen. Mein Kamerad Weber hat den Hauptmann, ihn doch einige Worte sprechen zu lassen. Der Hauptmann rief jedoch:

„Die Sache geht mich nichts an.“

Er muß aber gesehen haben, daß wir schwer mißhandelt wurden, und muß auch gehört haben, daß wir uns als katholische Gesellenvereinsmitglieder zu erkennen zu geben versuchten.

Vorsitzender: Was hat Weber gerufen, daß er ein paar Worte reden wollte oder daß Sie katholische Gesellenvereinsmitglieder seien?

Zeuge: Der Hauptmann muß beides gehört haben. Der Transport ging dann im Lauffschritt weiter und die Mißhandlungen, besonders seitens Rafowskys, wurden immer schlimmer. Wir boten noch mehrmals unsere Mitgliedskarten als Ausweis an, sie wurden jedoch nicht angenommen. Es hieß: „Ach was, Spartaisten seid ihr, katholische Schweinehund, schwarze Brut!“ Auf der Nordstraße wurden wir zum zweiten Male nach Waffen durchsucht. Dabei stahl man mir bereits meine silberne Zigarettendose und eine Wurst. Rafowski mißhandelte, an der Kellertür sitzend jeden, der hineinkam. Im Keller waren an jedem meiner Kameraden Spuren davon zu sehen. Jeder versuchte nochmals sich auszuweisen.

Vors: Haben Sie dabei nichts gesagt?

Zeuge: Aber selbstverständlich, es wurde laut geschrien, doch man rief uns zu: „Hinlegen, mit dem Gesicht gegen den Boden!“ Keiner ahnte, was beabsichtigt war. Einige beteten. Daraufhin hieß es: „O Ihr Heuchler!“ Dann fielen Schüsse. Ich verlor vor Aufregung das Bewußtsein. Als ich wieder erwachte, sah ich, daß sich mehrere der Soldaten an die Leichen herangemacht hatten und diese beraubten. Als an mich die Reihe kam, hieß es: „Der hat ein Paar schöne Schuhe.“ Aber bald ließ man von mir ab, mit dem Bemerkens: „Die spartaistische Nummer ist mir zu klein.“ Dann hieß es:

„Der Hund lebt ja noch.“

und damit sprang mir ein Soldat mit seinem Messer auf den Leib und trampelte auf mich herum, bis ich den Atem anhielt. Dann gingen alle auf und davon, weil offenbar die Untersuchung begann. Sonst wäre ich auch wohl verloren gewesen. Ich habe mich tot gestellt, bis ich wußte, daß keine Gefahr mehr war. Wie ich herausgefunden bin, weiß ich kaum. Es hieß zwar, wer noch lebe, solle sich rühren. Aber ich mochte es nicht aus Angst, daß es noch mal losgehen würde. Ich hatte einen Kopfbruch und die Augen mußte mir aus dem Gesicht herausgeschneiden werden. Ferner hatte ich einen Streifschuss am Arm. — Der Zeuge, der drei Monate arbeitsunfähig war und noch jetzt an schweren nervösen Störungen leidet, erkennt die Angeklagten Müller, Rafowski und Kreiner als Mörder wieder.

Ein weiteres Vereinsmitglied Kamberger, der durch einen Stich in den Kopf schwer verletzt worden ist und der mit geklammertem rechten Arm erscheint, bestätigt die Mißhandlungen und ebenso auch, daß man bei ihm rief: „Da lebt noch einer, Revolver her!“ Darauf habe ein anderer Mörder geschrien: „Rein, dafür ist eine Kugel zu schade, sich ihn nieder!“ Der Zeuge erhielt dann zwei Stiche in den Kopf. Als er wie tot dalag, zog man auch ihm die Schuhe ab, nahm ihm sein Geld und andere Sachen und ließ ihn liegen.

Auch Zeuge Wolff, Mitglied des katholischen Gesellenvereins, bestätigt, daß die Soldaten, die sich an den Transport herandrängten, die schlimmsten geübt seien.

Vorsitzender: Waren es preussische oder bayerische Mannschaften?

Zeuge: Es Helen schon preussische Ausdrücke, wie „Saubahnen, katholische Saubunde usw.“, woraus ich schloß, daß man genau wußte, wen man vor sich hatte. Bei mir hieß es: „Dem schlägt ja der Puls noch.“ Darauf erhielt ich drei Stiche in die Brust. Als ich auch dann noch Lebenszeichen von mir gab, erhielt ich einen Schuß in den Kopf, worauf ich das Bewußtsein verlor. — Auch dieser Zeuge belastet Müller, Rafowski und Kreiner und behauptet, letzterer habe ihm Schuhe und Strümpfe abgezogen und das Geld abgenommen.

Es werden dann in langer Reihe verschiedene Soldaten benannt, welche sich ebenfalls an den Zug herandrängten, ursprünglich mit unter Anklage ständen, aber wegen Mangels an Beweisen inzwischen außer Verfolgung gesetzt worden sind.

Berichtszeitung.

Die Heilsche Sülze.

(Harburger Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Die Beweisaufnahme wurde am Mittwoch fortgesetzt, und zwar kamen vor allen Dingen die Angeklagten Heiß zur Vernehmung. Ein Teil der Angeklagten, in der Hauptsache Mädchen, belästigte Heiß stark, während andere, die das besondere Vertrauen des Sülzfabrikanten genossen, ihn zu enlialten suchten. Das Ergebnis läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß die Verwendung von Dingen, die als Nahrungsmittel durchaus ungeeignet waren, zur Herstellung der Sülze als erwiehene gelten kann. So ist u. a. ein Tierkopf, den einige Jungfrauen zum Gesundheitsamt gebracht hatten, einwandfrei als Hundekopf erkannt worden, jedoch machten diese Jungfrauen auch noch Angaben von erheblich unappetitlicheren Dingen, die in die Sülze hineingegeben wurden. Heiß, der einen etwas weniger siegesgewissen Eindruck machte, bestritt nach wie vor jede Schuld und fand in gewissem Sinne die Unterstützung einiger Zeugen. Die Beweisaufnahme wird am Donnerstag fortgesetzt.

In dem großen Mehl- und Zuckerschiebungsprozess, der eine ganze Woche lang die Strafkammer des Landgerichts I beschäftigt hat, wurde gestern das Urteil verkündet. Zum Teil nach über den Antrag des Staatsanwalts hinausgehend, erkannte das Gericht gegen Willi Richter auf 6 Jahre Zuchthaus, gegen Hugo Jordan auf 4 Jahre, gegen Alfred Müller auf 3 Jahre, gegen Walter Bries auf 3 Jahre, gegen Albert Beeje auf 2 Jahre und gegen Otto Gneist auf 1 Jahr Zuchthaus, ferner gegen Karl Ganper auf 8 Jahre Gefängnis, gegen Albert Langenburg und Georg Willig auf je 10 Monate und gegen Gustav Gierdorf auf 9 Monate Gefängnis. Der Angeklagte Richard Reed wurde auf Grund des von Rechtsanwält Kurt Vincus angebotenen Entlastungsbeweises freigesprochen; gegen zwei weitere Angeklagte wurde das Verfahren auf Grund der Amnestie eingestellt.

An unsere Abonnenten!

Die zur Herstellung der Zeitung nötigen Materialien steigen ständig im Preise. Der Papierpreis allein ist ab 1. Oktober 1919 um zirka 18,5 Proz. erhöht worden. Die Gehälter und Löhne unserer Angestellten und Arbeiter, die den in steter Aufwärtsbewegung sich befindlichen Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreisen angepaßt werden müssen, bilden gleichfalls einen wesentlichen Ausgabeposten in unserem Etat. Wir sind deshalb gezwungen, den monatlichen Abonnementpreis um 50 Pfennig zu erhöhen. Er beträgt daher vom 1. November 1919 ab

3,50 Mk. pro Monat u. Exemplar.

Wir hoffen, daß unsere Abonnenten u. Parteigenossen in Würdigung der gegenwärtigen anormalen Verhältnisse trotz der Abonnenterhöhung nicht nur dem „Vorwärts“ treu bleiben werden, sondern sich auch bemühen, neue Abonnenten für unser Blatt zu werben und dadurch die Zahl der Verfechter unserer Anschauung vergrößern zu helfen.

Verlag des „Vorwärts“.

Veranstaltung stattgefunden habe, doch habe sich Rafowski auf nichts eingelassen und sei wie ein Räuber und Mörder vorgegangen. Durch sein Auftreten und Eingreifen bei dem Mord der Gesellen zum Karolinenplatz habe er, die bis dahin ruhigen Mannschaften der Patrouille in Erregung gebracht. Schließlich habe dann jeder darauf losgeschlagen und geprügelt. Rafowski war auch derjenige, der am Eingang zum Keller stand, jedem einzelnen der Gefangenen ins Gesicht schlug und ihn dann mit einem Fußtritt die Kellertreppe hinunterstieß. Der Zeuge erzählt

scharfliche Einzelheiten

über die Vorgänge im Keller. Er sah dort zunächst einen Kameraden, dessen Auge halb aus der Höhlung verwaschen, was von einem Schlag mit einem Revolver herrührte. Dann habe der Angeklagte Müller angefangen, das Schießen zu kommandieren. Die Kameraden hätten sämtlich platt auf dem Boden gelegen und nirgends sei ein Versuch des Widerstandes gemacht worden. Als alles tot daliegen sah, kam Müller noch einmal in den Keller und schah wie ein Metzger mit dem Bajonett auf die Daliegenden ein. Der Senior des Vereins, Lang, der bereits schwer verwundet war, versuchte auch in diesem Augenblick noch, den furchtbaren Irrtum aufzuklären, aber da sei Müller mit dem Bajonett auf ihn eingedrungen und habe ihm mit einem einzigen Stieb den Schädel gespalten. Auch der Angeklagte Kreiner habe mit dem Bajonett am sich gestochen und habe erklärt, jetzt müsse ein Ende gemacht werden. Für seine Vermutung, daß die Soldaten genau gewußt hätten, wen sie vor sich hätten, führt der Zeuge an, daß die Gesellen durchweg als

„katholische Schweinehund, schwarze Brut und Saubahnen“ bezeichnet wurden. Dagegen sei nicht von Spartaisten gesprochen worden.

Das 18-jährige Gesellenvereins-Mitglied Dachhuber gehört ebenfalls zu den wenigen, welche das Glück hatten, bei der Meißelung mit dem Leben davonzukommen. Er gibt zu, daß an jenem Tage das Versammlungsrecht in München noch nicht wiederhergestellt war, das Versammlungsrecht habe aber keineswegs politischen Charakter getragen, sondern sei lediglich

ein gemüthliches Zusammensein

der Mitglieder gewesen, bei dem man nur über Theaterangelegenheiten gesprochen habe. Es war bekannt, daß um 9 Uhr Volksgesunde eintrat, und verschiedene Mitglieder waren bereits um 10 Uhr aufgedrungen. Kurze Zeit darauf stürmte als Erster ein Soldat mit Röhre, also nicht im Stahlhelm wie die Patrouille, in das Lokal mit dem Rufe: „Geben wir Euch endlich, Ihr Hunde!“ Während dieser Zeit sei unten auf dem Hof ein in die Luft geschossen (1) worden. Draußen mühen die Mitglieder zu Zweien antreten, die Hände über dem Kopf hoch halten und im Trab laufen. In der Brienerer Straße schlossen sich die ersten unbeteiligten Soldaten dem Zuge an. Unter Rafowskys und Müllers Rufschrei begannen alsbald die Mißhandlungen, an denen sich schließlich auch die Mannschaften im Stahlhelm beteiligten. In der Augustenstrasse verfuhr der Hauswarter Lohmeier die Verhafteten als katholische Gesellenvereinsmitglieder zu legitimieren. Darauf hieß es: „Ruhig, aber wir schicken Dich zusammen.“ Es waren verschiedene Offiziere zugegen, die jedoch die Gefangenen nicht gegen die Mißhandlungen schützten. An der Ecke der Brienerer und Augustinstrasse wurde Halt gemacht, weil

Briefkasten der Redaktion.

M. 26. Ja, bei der Versorgungsabteilung des Bezirkskommandos...

Bemängeln Sie die Rechnung, bieten Sie etwa die Hälfte an. — C. R. 98.

Die Beiträge können Sie zurückfordern, es sei denn das Klagerrecht...

Donnerstag, Freitag, Sonnabend:

Im Erdgeschoss: Billiger Verkauf der Restbestände von modernen Hutformen in Filz, Samt und Zylindern.

Modellhaus Auguste Münzer Berlin W 8 Markgrafen-Straße 28 zweites Haus von der Leipziger Straße

Im ersten Stock: Ausstellung neuer Samt-, Zylinder- und Pelzhüte mit Reihergarnituren zu Ausnahmepreisen.

Zentralverband der Angestellten. Bezirk Groß-Berlin. Sonntag, den 19. Oktober 1919...

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Wilmersdorf. Die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten...

Freitag, den 24. Oktober 1919, abends 7 1/2 Uhr, 15 öffentliche Frauen-Versammlungen in Berlin:

Schulaula Görlicher Str. 51, Greifswalder Str. 24/25, Grünthaler Str. 5, Sagelberger Str. 34, Schulaula Jfflandstr. 9/11, Lütticher Straße 47/48, Oberberger Str. 24, Rigaer Str. 8, Zwinglstr. 2

und in folgenden Vororten: Charlottenburg, Schulaula, Schillerstr. 125/127, Schöneberg, Schulaula, Belgiger Str. 84/89...

Die Stellung der Frauen im neuen Deutschland. Referenten sind folgende Mitglieder der Nationalversammlung...

Arbeitsräte und Betriebsvertrauensleute der Buchdrucker (S. P. D.) Am Donnerstag, den 23. Oktober, nachm. 5 Uhr...

Verjammlung. Jeder Betrieb muß vertreten sein! Mitgliedsbuch der S. P. D. legitimiert.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Ortsverwaltung Groß-Berlin. Freitag, den 24. Oktober 1919, abends 6 1/2 Uhr...

General-Verjammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom 3. Quartal, 2. Wahl eines Mitgliedes zur Ortsverwaltung...

Zentralverband der Angestellten. Sektion der Angestellten im Zeitungsgewerbe. Freitag, den 24. Oktober, abends 7 Uhr...

Mitglieder-Verjammlung. Tagesordnung: 1. Die Tarifbewegung, 2. Bildung der Sektion der Zeitungsgewerbeten...

Zentralverband der Angestellten. Ortsgruppe Berlin. Donnerstag, den 23. Oktober, abds. 1/8 Uhr...

Mitglieder-Versammlung für die Angestellten im Baugewerbe. Tagesordnung: Stellungnahme zu dem Tarifvertrag...

Versteigerung von Kraftwagen u. Gummibereifung

Am 30. Oktober 1919 und eventuell an den folgenden Tagen findet bei dem Reichsverwaltungsamt...

- ca. 23 Personenwagen, 120 Last- und Lieferwagen, 5 Krankenwagen, 12 Fahrzeugstelle für Personen- und Lastwagen, 24 Anhänger

ein größerer Posten neuer russischer Vollgummibereifung sowie ein Posten neuer Lederprotektoren

Verzeichnis der Versteigerungsobjekte nebst Einzelheiten über die Versteigerung ist vom 23. Oktober ab in der Filiale Berlin-Tempelhof zu erhalten.

Die Bezahlung der Bereifung hat in bar zu erfolgen. Der Betrieb irgendwelcher Geschäfte oder das Feilbieten irgendwelcher Gegenstände auf dem Versteigerungsgelände ist nicht gestattet.

Reichsschatzministerium. Reichsverwaltungsamt. Verkaufsabteilung für Automobilwesen. Berlin-Tempelhof, den 20. Oktober 1919.

Spezialarzt Dr. med. Koeben. Erprobte und schmerzlose Behandlung. Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptik...

Spezialarzt Sanitätsrat Dr. Müller. Friedriehstraße 190 II. Eingang Kronenstr. Spr. 11-1, 3-7, Sonnt. 11-1.

Dr. med. Laabs Spezialarzt. Erfolgreiche Behandlung. Königsstr. 34/36 Alexanderplatz.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß. Friedrichstr. 125. Oranienburger Tor. Spr. 11-1, 3-8, Sonnt. 11-1.

Wie ein Wunder besichtigt Haussalbe. San-Rai Dr. Strauß. ed. Hautausschläge, Flecht, Hautjuck, bes. Belaschad., Krampfadern der Frauen...

Rechtsrat Wilmersdorf, Ste. 125 (Schlg.). Sprechstunden 9-7 (Sonnt. 9-1).

Dr. med. Karl Reinhardt Spezial-Arzt. bewährte fachmännische Behandlung. Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Orts-Broschüren...

Spezial-Behandlung Harn- und Blutuntersuchung, Licht- und Finnen-Behandlung, Bestrahlungen...

Spezialarzt Dr. Hasché. Sprechstunden 10-12, 5-8, Sonnt. 10-1. Friedrichstraße 90.

Zigaretten. Hül., amerikan. und spanisch. Schweizer Remphis, a. Brand. Hül. 200,- per Mill.

Zigarren. 100 Stück 70, 85, 100, 130 M. Rauchtobak. garantiert rein, überfein, tippenfrei...

!!! Geld !!! für jede Verflachte. höchste Verkaufspreise für Platin, Gold, Brillanten, Edelsteine...

Alte Gebisse. pro Zahn bis 12 M., Gebisse in Platin u. Gold bis 1000 M.

Platin. bis 80 M. kauft nur 25 M. bis 24. Oktober im Hotel Bismard, garden am Kaiser, Eingang Berliner Str., Schreibzimmer von 9-5 Uhr.

Lombard-Haus. H. Graff, Leipz. Str. 75 II. Höchste Bezahlung Diskret., Reclame Gelegenheitskäufe, Uhren, Brillanten, Schmucksachen.

Elektromotore Gleichstrom :: Drehstrom kauft Ingenieurbüro Schlichting Berlin W 9, Linkstraße 10.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht, kauft höchstzahlend Ingenieurbüro Schlichting Berlin W 9, Linkstraße 10.

Bekanntmachung. Kohlenkarten!

Die in unserer Bekanntmachung vom 8. Oktober 1919, betreffend die Ausstellung der Ofenkarten, festgesetzten Termine...

Donnerstag, den 23. Oktober 1919 und Freitag, den 24. Oktober 1919 von 9-11 Uhr vormittags und 6-8 Uhr abends...

Magistrat. Deputation für die Kohlenversorgung. Loehning.

Beamte und Angestellte der Verwaltungsbehörden! Freitag, den 24. Oktober, abends 7 Uhr, im Spiegel-saal des „Wilhelmshofes“...

Blüthnerpiano. Schwedten, Mann, Gde, Schiedmaner. Ausmaß erstklassiger Instrumente.

Fette Enten. Maßhühner... 7/8, 9/8 M. Beutelhühner... 7/8, 9/8 M.

Junge Eheleute. erhalten Prospekt über Mutterschutz unentgeltlich. Frau Emma Fischer, Berlin-Wilmersdorf 139, Kaiserallee 169.

Orig. Gold-Flake. sind vergessen durch meine hygien. Ernährung. Gold. Med. Ehrenkreuz. Ehrenbild. Gold. Jahrel. brauchb. 6 M. Wulstgr. gratis. Rückporto erbeten. Frau Stephan geb. Engelhardt, Berlin, Stallschreiberstr. 22.

... und so-o-billig-sagt Muffi!



Die Ansicht, daß für unsere Kleinen das Schönste gerade gut genug sei, ist auch die unsere und deshalb haben wir von je Wert darauf gelegt, unsere

Bacffisch- und Kindermäntel

mit den gleichen Reizen und Schönheiten auszustatten, die Ihnen Ihre eigene Kleidung so begehrenswert machen

Daß wir trotzdem auch in

Kindermänteln

unsere bekannte Preiswürdigkeit aufrecht erhalten, das sehen Sie aus diesen beiden entzückenden Beispielen:

Schottenmantel

außerordentlich kleidsam, aus grau-grün kariertem, wärmehaltenden Stoff, gut verarbeitet, mit hübschem Kragen und Taschen

je nach Größe von 49.- an

Wintermantel

aus einfarbigem, sehr molligen, flauschigen Stoff, mit sehr niedlichen Knöpfen und kleidlichem Gurt

je nach Größe von 48.- an

Rönigstr. 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bahnhof

Zigaretten

aus garantiert reinem orientalischem geschnittenem Tabak, ohne Zusatz von Färbemitteln. 1000 Stück M. 230.-
Egyptische Zigaretten
 1000 Stück M. 225.-, 245.-, 265.-
Englische Zigaretten
 1000 Stück M. 275.-
Dicke Türken 1000 Stück M. 350.-
 Verkauf nur im Vorrat.
M. Guttman, Berlin O 27, Alexanderstr. 22.

alte Gebisse

Nach wie vor zahle ich - wie bekannt - für
höchste Preise!
 Gewöhnl. Platin-Zahn bis 5 Mk., diese jedoch
nicht unter Mk. 3,30 per Zahn!
 Platin-, Stütz- u. Plattenzahn bis 45 Mk. (nach Gewicht)
Für Platin den jetzigen hohen Preis!
 Anlauf: Berlin-W, Krausenstr. 56-58, 10-12 Uhr
 Hotel Gröner Baum. 713
 Bogler, Berlin.

Pianos

Stutzflügel, Harmonien jeder Holz- und Stahl-Kunstleclapparate, Notenrollen, Gesangs- u. Orgel-Instrumente, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kaße, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufträgen, Reparaturen und Stimmungen.
Max Adam, Münzstraße 16

Spezial-Abteilung
Uniformenfärben, in Rivul umarbeiten
 in schwarz, braun, blau, grün, in 3 Tagen sowie
Wenden, Umarbeiten, Renarbeiten
 von Herren- und Damenoberbekleidungen in 3 Tagen.
Stoffneheiten, Stoffausstellung.
 Außerdem wird jeder Artikel in 3 Tagen gefärbt und in 24 Stunden chemisch gereinigt, Abholung und Zustellung kostenlos.
 Original-Englische Stoff-Neuware.
 Krausenstr. in 45 Minuten.
Basch & Baczkowski, Friedrichstraße 59 I.

Das Christusproblem gelöst! Denken erachtet: Vor 1800 Jahren! Wer war Jesus Christus?
 In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das ganz genau erzählt, wer Jesus Christus war ein Bundesgenosse des Kaiserthums, einer Art Erlösungsversicherung. Es ist der Bericht des Ältesten dieses Bundes zu Jerusalem an den Kaiser in Alexandria. Ein christlicher Priester versuchte bei der Zerstörung des Dokumentes zu verwickeln, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten aus einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser historische Bericht ist ins Deutsche übersetzt worden, mit einem Vorwort über Pontius Pilatus von Prof. Schmidt. Kein Dokumenter wird das Werk unterschätzt aus der Hand legen. Preis M. 1,50, schön gebunden M. 2,50, Nachnahme 30 Pf. mehr. Buchhandlung gratis.
 Grosse Buchhandlung durch Albrecht Donath, Verlag, Leipzig G.

Ziehung am 24., 25. und 27. Oktober
Rote Kreuz-Lotterie
 des Gräfin Rittberg-Schwester-Vereins
 20000 Lose mit 10000 Gewinnen im Werte von Mark

200000
 Hauptgewinn im Werte von Mark

60000
30000
10000

Lose zu 3 Mark Postgebühr und Liste 30 Pfg.
 Erhältlich in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.
A. Pöhlmann, Berlin W. 9, Tempelstr. 4.

Juwelier Siegel
 Berlin NW
 Friedrichstraße 53

Brillanten
 von höchstem Feinsort
Peelen

TRAURINGE
 BUKATENGOLD 900
 14 kar. Gold 585 gestempelt, 8 kar. Gold von M. 19,75 an.
VERKAUF DIREKT AN PRIVATE
Goldwaren-Fabrik
J. Weinstock G. m. b. H.
 Berlin A.
 Zentrale: Mohrenstraße 16 am Untergrundbahnhof Friedrichstraße.
 Alexanderstraße 14a, nahe Jannowitzbrücke
 Charlottenburg, Stuttgarter Platz 5, a. Bf. Charlottenbg.
 Achtung! Kein Laden. Geöffnet 9-6.

Erste und Älteste Hell-Anstalt Löser
Spezialarzt Dr. Eöser senior
 Harn- u. Blinuntersuchungen, Röntgen-Durchleuchtung etc.
 Elektrische u. medicin. Bäder. - Erfolge eigene Heilmethode.
nur Rosenthaler Str. 69-70, Ecke Linienstraße, 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1

Bleilöter für Wasserleitung

gefäbrt.
 Bewerbungen unter T. 33 an die Ggn. d. Blätter. 9667

Ellenbeinsehnitzer

bei höchstem Lohn suchen sofort
Gebr. Zehetner,
 Range Str. 9. 182/15
 Tel.: Rönigstadt 3520.

Modellleur

wird sofort für eine der größten Schuhfabriken in Finnland gesucht. Gehalt: 1200 Jmk. im Monat, freie Wohnung und elektrische Beleuchtung. Gef. Angebote unter Beifügung der englischen Briefe und Empfehlungen an Finska Sko- och Läderfabriks A/B., Korkeakoski, Finnland, erbeten.

Gefahrlose Bohrmeister

für dauernde Beschäftigung gesucht. H. Pöhlmann & Co., Berlin-Willmersdorf, Röllingstr. 109.

14-15 jährige Kontorboten

zum sofortigen Eintritt gesucht.
Starck, Michael & Co., NW 7, Mittelstr. 2-4. 975 2

Holenträgersteppen

gehbt, in und auf dem Damp, verlangen 17/6
Jolce & Schneemann,
 Holenträgerfabrik,
 Spandauer Str. 19.

Blusen- und Kleider-Modellleurinnen

suchen dauernde und lohnende Beschäftigung bei **H. Daus,**
 Spandauer Str. 20. 17/3

Stirn-Näherinnen

suchen dauernde und lohnende Beschäftigung bei **H. Daus,**
 Spandauer Str. 20. 17/3

Redakteur

der Parteipresse sucht zu Anfang 1920 Stellung. Angebote und Auskunft: **Dr. Alfred Dang,**
 Darmstadt, Kranichweiner Straße 43. 220/19

Schneider für Dänemark!

Einige erstklassige Schneider auf Röcke u. Hosen erhalten dauernde Beschäftigung bei guten Löhnen. Schriftliche Angebote mit genauen Angaben über Alter, Familienverhältnisse und in welchen Geschäften der Suchende zuletzt tätig war, werden erbeten an die Hauptexpedition des „Vorwärts“ unter C 39 im Laufe von acht Tagen. 210b*

Tüchtige Ziseleure für Figuren und Modelle

stellt sofort ein
Max Bernhardt & Co., G. m. b. H.,
 Bronzekunst-Werkstätten,
 NO 35, Prenzlauer Allee 36.

Zimmerleute

werden ein- gestellt
Reubau Rathaus Pantom.
 2185*
Polier Kruschke.

Lehrlinge

welche Lust haben, sich im Ver- malmungsfach auszubilden u. lassen, wollen sich unter Einwirkung des Lebenslaufes melden bei der Ge- meindeverwaltung, Johannisstr. 11, Kreis Teltow. 970D

Für Skandinavien gesucht:

tüchtige, ausgebildete Näherinnen und Plätterinnen für Herrenwäschefabrik.

Freie Reise. Angebote unter Beifügung von Gehalts- ansprüchen erbeten an die Hauptexpedition des „Vor- wärts“ unter Z. 39. 202b*

Austrägerinnen für den „Vorwärts“

werden eingestellt in folgenden Filialen:
Berlin: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. - Prinzenstr. 31, Hof part. - Fritze, Steglitzer Straße 37, Laden. - Markusstr. 36. - Döllz, Immanuelkirchstr. 24. - Meile, Petersburger Platz 4. - Zinke, Lindenstr. 3, Laden. - Joseph, Wilhelmshavener Straße 48. - Lausitzer Platz 14/15.
Schlitz: A. Gammich, Bis- marckstr. 8.
Neukölln: Heinrich, Neckerstraße 2.

Wilhelms Taktlosigkeiten.

Der Kaiser läßt Ferdinand Bonn wegen des Blagiatz an seiner Persönlichkeit, begangen durch den von Bonn verfaßten und gespielten Kaiserfilm, verklagen. Wir fragten schon einmal: was wird Wilhelm machen, wenn Bonn vor Gericht den Wahrheitsbeweis für die zahllosen Taktlosigkeiten des einst von ihm vergötterten Monarchen antritt?

In den letzten erschienenen Lebenserinnerungen des Votschaftsrats a. D. Freiherrn v. Edardstein (Verlag von Paul Reiss, Leipzig) wird einiges Tatsachenmaterial für die politischen Taktlosigkeiten Wilhelms beigebracht. v. Edardstein schildert, wie Wilhelm bei seinem Besuch in Comes 1895 seine Großmutter, die Königin Viktoria von England, durch seine Taktlosigkeiten erheblich brüskiert hat, was immerhin als Familienangelegenheit, wenn auch nicht ohne politische Bedeutung betrachtet werden kann. Aber Wilhelm führte in Comes noch einen weiteren Zwischenfall herbei, den v. Edardstein folgendermaßen schildert:

„Wilhelm II. hatte sich von den beiden neuen Kreuzern 'Börth' und 'Weihenburd' nach Comes begleiten lassen, um sich seinem Onkel und der englischen Marine gegenüber mit diesen auf das modernste ausgerüsteten Kriegsfahrzeugen zu brüsten. Am Jahrestage der Schlacht von Borth hatte er auf dem Kreuzer diesen Namens eine seiner üblichen herausfordernden Reden gehalten und damit nicht nur in Frankreich, das gerade im Begriff stand, in freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland zu treten, sondern auch in England Anstoß erregt. Die englische Regierung wie auch die öffentliche Meinung sahen es als einen Biangel an, daß Wilhelm II. sich englische Territorialgewässer für seinen extravaganten Redeschwall ausgedehnt hatte. Infolgedessen erschienen in der englischen Presse, vor allem in dem damaligen Hauptorgan der konservativen Partei, dem 'Standard', Artikel, welche das Verhalten des Kaisers scharf kritisierten und ihn anheimstellten, sich für seine herausfordernden Reden in Zukunft lieber auf deutsches Territorium zu beschränken.

Freiherr v. Edardstein schildert dann weiter, bis er zu der berühmten und berüchtigten Burendepesche an den Präsidenten Krüger kam. Er schreibt:

Allgemein war in England wie in Deutschland die Ansicht vorherrschend, Wilhelm II. habe das Telegramm während einer Eisenbahnfahrt persönlich verfaßt und unterwegs durch einen Flügeladjutanten absenden lassen. Nach Aussage eines Augenzeugen, des damaligen Staatssekretärs des Reichsmarineamts, Admiral von Holtmann, verhält sich aber der Tatbestand ganz anders. Der Admiral schilderte mir den Vorfall wie folgt: „Am Tage des Veranlassens des Jameson-Einfalles in die Transvaalrepublik kam der Kaiser vom Neuen Palais bei Potsdam nach Berlin. Ich selbst war an dem Vormittag, an welchem der Kaiser in Berlin eintraf, zum Vortrag befohlen. Gleich nach seiner Ankunft empfing er mich im königlichen Schloß und nach beendeter Vortrag sagte er zu mir, ich möchte ihn nach dem auswärtigen Amt begleiten, denn er werde dort vom Staatssekretär von Marschall und dem Direktor der Kolonialabteilung, Geheimrat Karier, erwartet, um angesichts der durch den Jameson-Einfalle geschaffenen Lage wichtige Beschlüsse zu fassen. Im freien Streife er mir gegenüber diesen Zwischenfall nur ganz kurz und ich hatte den Eindruck, als wolle er ihn gar keine so hohe Bedeutung bei. In Begleitung des Kaisers befand sich, so er zur Wilhelmstraße fuhr, auch der Flügeladjutant Admiral von Senden. Ich selbst war bereits vorausgegangen und erwartete den Kaiser in der Vorkasse. Freiherr von Marschall erwartete ihn dort ebenfalls. Gleich nach der Begrüßung meldete dem Kaiser, er habe in Gemeinschaft mit dem Geheimrat Karier ein Telegramm an den Präsidenten Krüger verfaßt und würde es seiner Ratifizierung vorlegen. Als dem Kaiser der Entwurf des Telegramms gezeigt wurde, bemerkte er: „Wenn das Telegramm in dieser Fassung abgeht, was wird dann aus unseren Beziehungen zu England? Ist es denn überhaupt notwendig, solch ein Telegramm an den Präsidenten Krüger zu schicken?“ Darauf erwiderte Freiherr von Marschall: „Nach meiner Uebersetzung erscheint es unbedingt notwendig, der Welt zu zeigen, daß die kaiserliche Regierung

vom moralischen wie auch Rechtsstandpunkt diesen frevelhaften Einfall englischer Freibeuter auf das Schärfste verdammt.“ Dann mischte sich Geheimrat Karier ins Gespräch und sagte: „In meiner Eigenschaft als Kolonialdirektor kann ich mich der Ansicht des Herrn Staatssekretärs nur anschließen; auch auf die Spitze der eingeborenen Bevölkerung in unseren afrikanischen Kolonien müssen wir Rücksicht nehmen und zeigen, daß Deutschland das mächtigste Reich in Europa (1) ist, welches vom Rechts-

Post-Abonnenten
Damit die regelmäßige Zustellung des 'Vorwärts' im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für November bei dem zuständigen Postamt schon jetzt zu bestellen.
Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

standpunkt aus solche flagranten Uebertatte nicht duldet.“ Darauf antwortete der Kaiser: „Na gut, dann mag das Telegramm abgehen, nur möchte ich, daß der Passus in der Mitte, welcher doch vielleicht gar zu scharf ist, fortbleibt.“ Freiherr von Marschall strich darauf in dem Entwurf den Mittelpassus aus, der Kaiser las das Telegramm in dieser verkürzten Form noch einmal durch, erteilte die Genehmigung zur Absendung und fuhr zum Schloß zurück. Dies ist der Tatbestand, welchen mir ein Augenzeuge wie der Admiral von Holtmann im Juni 1898 in Kiel an Bord der Dampfschiff des verstorbenen Friedrich Krupp in Gegenwart des Admirals Wilhelm Schröder erzählte.

Man danach auch die Hauptklausel an dem blödsinnigen Schriftstück den Freiherrn v. Marschall treffen, so steht doch fest, daß Wilhelm diesen verhängnisvollen Schritt genau gefaßt und gebilligt hat.

Deutsche Nationalversammlung.

105. Sitzung, Mittwoch, den 22. Oktober, 11 Uhr.
Am Regierungstisch: Raue.
Das Haus ist nur schwach besetzt.

Das Reichsschatzministerium.

Abg. Koch-Düsseldorf (Dnst Sp.): Für Spandau sollen bisher 200 Millionen unproduktiv verausgabt worden sein. Dort bestehen neben den Arbeiterrenten noch Betriebskassen, und daneben noch Gemeindefonds, die alle der Arbeit nur zusehen. Die Arbeiterkassen in Spandau verlangen, daß diese Verwaltungen beseitigt werden. Im Etat werden 22 Millionen für den Bau einer Wohnung für den Reichspräsidenten und 20 1/2 Millionen für den Neubau des Ministeriums des Innern gefordert. Wir haben sozial Schöpfer, daß man keine neue Wohnung für den Reichspräsidenten zu bauen braucht.

Generaldirektor der Reichsbetriebe Weisung: Die Betriebe sind jetzt noch nicht aus den Verlusten heraus. Sie sind belastet mit einer ganzen Reihe von Abschüssen, die mit Verlust zu berechnen sind. Es handelt sich dabei um Aufträge, die in der Not und plauslos angenommen worden sind. Die Gewährung von Beschäftigungsbeihilfen hat der Haushaltsausschuß abgelehnt, weil die Löhne in den Reichsbetrieben schon früher wesentlich erhöht worden sind. Es ist nicht richtig, daß die Löhne niedriger als in der Privatindustrie sind. Wir brauchen große Bureaus, in denen die Leute sich gegen-

seitig kontrollieren, denn es muß unbedingt fleißig gearbeitet werden. Bayern, Sachsen und Württemberg haben sich uns noch nicht angeschlossen, wir haben dabei keine Einwirkung auf diese Staaten. Es handelt sich im ganzen um eine Umwälzung von 90 Betrieben. Die Beamten müssen den Arbeitern mit gutem Beispiel vorangehen.

Abg. Marekly (D. Sp.): Wenn die Reichssozialisten in rücksichtsloser Kritik den Unabhängigen den Rang abzulassen versuchen, so zeigen sie damit, daß sie ihr Ziel für verloren geben, wie es ja auch heute wirklich zu sein scheint. Jedenfalls sind wir die Hoffnung Deutschlands (zur Linken) mehr als Sie. (Gelächter.)

Abg. Brühl (L. Soz.): Die Arbeiterrenten sind es gewesen, die zuerst die Verschleuderung von Staatsvermögen zu verhindern suchten. Bei der Schließung der Spandauer Werksstätten sind lediglich politische Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Unter dem neuen Kurs sind die gesamten Ertragsüberschüsse der Revolution wieder verloren gegangen. Die Selbstverwaltung der Arbeiter besteht nur noch auf dem Papier. Wie kommt es, daß die Arbeiter, welche der L. S. O. angehören, nicht mehr in die Staatsbetriebe hineingekommen sind? Der angekündigte Geselzentwurf, nach welchem den Arbeitern, die ihnen durch die Umstellung der Betriebe ermachlenen Schäden ersetzt werden sollen, muß sobald als möglich kommen. Die Werke sollten lieber nach wirtschaftlichen und sozialen als nach kapitalistischen Prinzipien geleitet werden. Die Arbeiter müssen um ein paar Pfennige Lohn in lange Verhandlungen und in Streiks eintreten, auf der anderen Seite aber nicht monatlich bis zur Höhe von 20 000 M. monatlich. Unser gesamtes Wirtschaftsleben muß auf sozialistische Grundlage gestellt werden. (Beifall bei den L. Soz.)

Nach einer kurzen Verlesung des Ministerialdirektors Raue wird die allgemeine Aussprache geschlossen und eine Entschließung der Reichstagsparteien, die bestimmte Grundsätze für die Fortführung, Auflösung und Verwaltung der ehemaligen Geesetzbetriebe ausspricht, angenommen.

In der Einzelberatung spricht

Abg. Stahl (Soz.):

Das Treiben der Unabhängigen und Kommunisten ist schuld an der Schließung der Spandauer Werksstätten. Der Terror einzelner muß unbedingt gebrochen werden. Unter dem Regime der Unabhängigen ist systematisch nicht gearbeitet worden. Bezüglich der politischen Gestaltung des Arbeiters wurde bei der Einstellung kein Unterschied gemacht. Entscheidend war, ob der Arbeiter vor dem Krieg schon dem Betrieb angehört. Einzelne Gehälter von Beamten gehen weit über das Maß des Erlaubten hinaus, aber die Herren müssen jetzt zeigen, was sie können. Der Abg. Marekly hat von Spandau Märchen erzählt. Kein Arbeiter meint den eingeschmolzenen Kanonenröhren Kränen nach. (Abg. Marekly: O ja, Gott sei Dank, gibt es noch solche Arbeiter!) Die Privatindustrien haben sich

wie Spandau

auf die Staatsbetriebe gestürzt. Die Privatindustrie hat sogar gefällige Ausweise benutzt, um Material aus Spandau herauszubekommen. Ich habe damals als Reichskommissar alles genau, um den Staat vor Millionenverlusten zu bewahren. Reist sind Kräfte schuld, die mit der Großindustrie in Verbindung stehen. Das Reichsbauverwaltungsbüro heißt im Volksmund Reichsverschwendungsbüro. Kasernen müssen zu Wohnzwecken bereitgestellt, Kruppenübungsplätze, soweit als möglich, für Siedlungen. Paraden für Kleinwohnungen freigegeben werden. Ueber die entlassenen 200 000 Arbeiter darf man nicht mit einer Handbewegung zur Lagerordnung übergehen, sondern man muß alles daran setzen, die Staatsbetriebe umzuwandeln. Auch die Pulverfabriken in Danau und Plauen dürfen nicht kurzweg geschlossen werden. Die Selbstverwaltung der Arbeiter und Angestellten muß in Spandau endlich durchgeführt werden. (Beif. Beifall h. d. Soz.)

Abg. Julek (L. Soz.): Abg. Stahl hat indirekt zugegeben, daß er an der Schließung der Spandauer Betriebe schuld ist und daß unabhängige Arbeiter nicht mehr aufgenommen werden. Auch in den Staatsbetrieben reißt der Brauch ein, daß über 40 Jahre alte Arbeiter nicht aufgenommen werden. Für Offiziere waren Abfindungsummen vorhanden, für Arbeiter hat man keine Mittel. Es wird sehr viel über Werkzeugmangel geklagt, trotzdem gehen immer noch große Mengen ins Ausland. Auch den Heiler und Kasseier Staatsarbeitern müssen Beihilfen gewährt werden.

Abg. Stahl (Soz.) weist die Angriffe Juleks zurück und will seine Teilnahme an der Schließung der Spandauer Geesetzbetriebe klarstellen, wird aber vom Präsidenten daran gehindert.

Vierteil wurde in der Polizeisprache jener unruhige und chaotische Stadtteil genannt, der hunderttausend mehr oder weniger zweifelhafte Individuen beherbergte und der seine schmutzigen Ausläufer bis zu dem vornehmen Viertel erstreckte, wo die katholische Gemeinde ihre Kirche, ihr Hospital und ihren großen Garten hatte.)

Keller schlug mit der zusammengefalteten Zeitung gegen sein Knie.

„Wenn ich nur begreifen könnte,“ sagte er, „was mit der Entführung des Priesters bezweckt wird. Tot oder lebendig haben sie ihn mit sich gefesselt. Was in aller Welt wollen die Herren Verbrecher damit erreichen? Ist es eine Erpressungssache, eine Entführung?“

„Warum gerade Abbé Montrose entführen, der weder Familie noch Freunde hat?“ sagte Krag. „Und gesetzt den Fall, daß die Verbrecher ihn umgebracht haben, — aus einem Toten kann man doch kein Geld mehr herausklopfen.“

„Nein eben. Wozu dann aber all diese Umstände? Bedenken Sie, die Verbrecher haben ihn über das Gartengitter und mit in die Rayonnaisse geschleppt. Ist es nicht auch seltsam, daß keiner davon dieses ungewöhnlichen Schaupiels gewarnt ist? Wozu wollen Sie nun greifen? Dem Arrestanten noch weiter zu Leide gehen?“

„Nein,“ antwortete Krag, „ich will ihn bis auf weiteres in Ruhe lassen. Ich erwarte eine Mitteilung vom Hafen. Ich kann nämlich das alte Seemannslied von den bunten spanischen Früchten nicht vergessen.“

Dieses Gespräch fand ungefähr um ein Uhr mittags zwischen den beiden Detektiven statt. Das Gespräch verriet, daß sich etwas Wichtiges ereignet hatte: Man hatte eine Verhaftung vorgenommen. Diese Verhaftung war noch ein Geheimnis für die große Öffentlichkeit.

Was war es, was sich ereignet hatte? Folgendes. Keshjorn Krag und Keller hatten, nachdem der vorgeschriebene Rapport mit dem dazugehörigen Verzeichnis über die gefundenen Sachen abgeschlossen war, die übrigen Beamten fortgeschickt. Darauf hatten die beiden Detektiven in einer Konferenz die Umstände zu sammeln versucht, die für die augenblickliche Lage Bedeutung haben konnten. Es gab genügend Spuren.

Krag hatte gesagt: „Eines ist sicher: Die Verbrecher sind überfallen worden. Ein heftiger Kampf hat stattgefunden, höchstwahrscheinlich zwischen ihnen und dem Abbé. Er hat sich tüchtig verteidigt. Darauf deutet das Aussehen des Zimmers und die Sachen,

die die Verbrecher in der Stube des Gesehts verloren haben. Diese Gegenstände, das Halsstuch, die Photographie, der Tabakbeutel usw. verraten gleichzeitig, daß die Verbrecher wahrscheinlich zwischen dem Park zu suchen sind, das sich in dem Schlafwinkel des Rayonnaisse-Viertels aufhält. Mehrere dieser Sachen leiten zu direkten Spuren hin, vor allen Dingen die Photographie.“

„Es ist die Photographie einer jungen Dame,“ fuhr Krag fort, „eines jener hübschen, sympathischen, jungen Mädchen, wie man sie zu Tausenden in den Zigarren- oder Modegeschäften der Stadt findet. Wahrscheinlich ist sie die Braut eines der Verbrecher und heißt Anni, oder Doll, oder Boffi oder dergleichen. — Die Photographie ist augenblicklich der beste Wegweiser, der zur Aufführung des Verbrechens führen kann. Lassen Sie uns dem Wegweiser folgen.“

Auf der Rückseite der Photographie steht nämlich Name und Adresse des Ateliers, abgesehen von der Nummer 2007 und dem bekannten Satz: „Die Platte wird für Nachbestellungen aufbewahrt.“ Ferner ist die Photographie ziemlich schmutzig und scheint seit längerer Zeit von dem Besitzer in der Tasche getragen zu sein. Eine genaue Untersuchung wird wahrscheinlich Fingerabdrücke und weitere Merkmale an den Tag bringen.“

Das alles war der Grund, weshalb Photograph Arnold Singer, Suforenweg 28, darstellte. Um sieben Uhr befanden Krag und Keller sich vor Nummer 28 auf dem Suforenweg. Hier hielten sie auf einen Mann, dem sie die Photographie zeigten, und der sagte: „Das ist das Bild meiner Frau und die Photographie gehört mir.“

Die Einzelheiten bei der Begegnung zwischen den Detektiven und diesem Mann aber waren derartig, daß sie die größte Bedeutung für die Entwiklung dieser sonderbaren Sache bekommen sollten. Darum ist es nötig, ausführlicher auf das Geschehene einzugehen, von dem Augenblick, wo die Detektive das Atelier des schlaftrunkenen Photographen besuchten, bis zu der Begegnung mit dem Mann auf dem Suforenweg.

Also: Krag und Keller verließen den Photographen. — (Fortf. folgt.)

Montrose.

4) Detektivroman von Sven Eibestad. Uebersetzung von Julia Koppel. (Copyright by Georg Müller Verlag, München.)

Bei Redaktionsschluss — so endet die Darstellung — „erfahren wir, daß man noch nichts von dem Abbé weiß. Die letzte Spur des verschwundenen Priesters ist der Faden seines Rockes, den die Schupsteleute an dem Gitter gefunden haben.“

Diesen Artikel las Keshjorn Krag, während er auf der Fensterbank in Detektiv Kellers Kontor saß. Nach beendigter Lektüre legte er die Zeitung beiseite und wandte sich dem Fenster zu. Die Räume des Polizeiamtes gingen auf einen großen, offenen Platz hinaus, auf dem mehrere Straßenmündeten und wo es von dem Verkehr der Großstadt brauste. Krag war allein im Zimmer, aber er schien auf jemanden zu warten, denn er sah mehrmals ungeduldig auf seine Uhr. Schließlich ging die Tür auf und Keller kam herein.

„Der Mann hat recht,“ sagte Keller und reichte Krag ein Stück Papier. „Es scheint wirklich, daß Abbé Montrose seine Aufzeichnungen auf solche kleinen Papierfetzen machte. Ich habe mehrere solche gefunden.“

Während Krag den Fettel las, vertiefte Keller sich in die Tageszeitung, die Krag beiseite gelegt hatte.

Das Stück Papier, das Keller Krag gegeben hatte, war eine abgerissene Seite von einem Blod, auf der folgendes stand:

„Habe Gartenarbeiter S. für sechs Arbeitstage dreißig Kronen aufbezahlt.“ Dann kam das Datum: 1. Mai.

„Das ist eine Entloftung für ihn,“ sagte Krag, „wir wollen ihn aber trotzdem in Haft behalten.“

„Natürlich,“ antwortete Keller und blickte von der Zeitung auf. „Die Tageszeitung weiß übrigens noch nichts von der Verhaftung,“ fügte er hinzu, „und das ist gut. Diese verfluchten Merorter mit ihrer Weltmächtigkeit verderben uns immer das Spiel. Der Abbé aber ist noch immer verschwunden und der Schreck in der Gemeinde ist groß. Wenn seine alte Haushälterin, hot den ganzen Vormittag geweint. Ich habe eben den Rapport von unserem fliegenden Korps bekommen. Nirgends eine Spur, ohnehin das ganze Rayonnaisse-Viertel kreuz und quer durchsucht worden ist.“ (Rayonnaisse-

weil dies über den Rahmen einer persönlichen Bemerkung hinausginge.

Der Etat des Reichsfinanzministeriums wird in Verbindung mit einem Auswahlantrag über die Militärverhältnisse angenommen. Donnerstag 1 Uhr: Etat des Auswärtigen Amtes. Schluß 6 1/2 Uhr.

Groß-Berlin

Der Zylinder.

Diese sonderbare Kopfbedeckung gilt in manchen Bezirken als höchst bourgeois-reaktionäres Abzeichen. So erregte es einmal bei der Raifeier in Wien gewaltige Aufsehen, als eine Anzahl Hamburger Zimmerer, die eine Ausstellung mitbrachten, in dem großen Arbeiterzug höchst feiertätig angetan mit Pratenrod und Zylinder mitmarschierten. Hier bei uns ist das anders, und wir erinnern uns sehr wohl ihn bei Parzell begräbnissen und sonstigen feierlichen Gelegenheiten des Hieren auf dem rötlichen weißen Lederkopf Wolf Hoffmanns thronen gesehen zu haben, wie denn auch die glühende Rote der Stadtverordneten sich um seinen Valetot schlängelt. Jetzt auf einmal aber entdecken die Hoffmänner die ganze kapitalistische Scheulichkeit der ehrlichen alten Angströhre. Ihre „Freie Welt“ wenigstens karikiert die „Technische Notiz“ durch einen Zylinder- und Schokrodräger, so, als ob Arbeiter gar nicht imstande wären, Licht und Wärme für die Haushalte und Krankenhäuser zu liefern. Zudem, was soll fogar der unabhängige Leser denken, wenn ihm in demselben Blatt als Vorkämpfer gegen die englischen Volksausländer der alte Hundman vorgeführt wird, wie er... in Zylinder und Schokro (und unter Volkzeitung) öffentlich spricht? Da mag nun die „Freie Welt“ melancholisch das schöne Lied anstimmen:

Ich, wie drück, drück, drück, drückt
mich mein Zylinder...

Eine Begrüßungsfeier

für die heimgekehrten Kriegsgefangenen Berlins
veranstaltet der Bezirksverband Groß-Berlin der S. P. D. am kommenden Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 11 Uhr. Die Veranstaltung findet in dem Richard-Oswald-Dichtspieltheater, Köpenicker Str. 68 (früheres Nationaltheater) statt.

Der Vizepräsident der Nationalversammlung Lbbe wird die Begrüßungsansprache halten. Außerdem hat eine Reihe künstlerischer Kräfte ihre Mitwirkung zugesagt, so daß ein äußerst anregendes Programm zusammengestellt werden konnte.

Der Eintritt für ehemalige Kriegsgefangene und ihre Angehörigen ist frei. Karten können gegen Ausweis in den Bureau des Bezirksverbandes, Bellevuestr. 7 II, und Lindenstr. 3, II. Hof IV, Zimmer Nr. 10, in Empfang genommen werden.

Da sollte doch...

Zu unserem Artikel „Kartoffeln“ vom Sonntag, 19. Oktober, erhalten wir vom Ausschuss der Gewerkschaftskommission folgende Mitteilung: Der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission legte sich mit dem Direktor des sächsischen Arbeitennachweises in Verbindung, um Arbeitskräfte zum Ausschneiden der Kartoffeln für Ostpreußen zu beschaffen, der diesem Vorschlag auch bereitwillig zustimmte. Ehe jedoch an die Vereinfachung von hiesigen Arbeitern gegangen werden konnte, setzte sich die Direktion des Arbeitennachweises mit dem Verband ostpreussischer Arbeitennachweise in Verbindung, um anzufordern, wo hiesige Arbeiter Verwendung finden könnten und erhielt darauf folgende telegraphische Antwort: „Arbeitgeber lehnen nach dem mit großstädtischen Arbeitsslofen gemachten Erfahrungen Berliner Arbeitskräfte ab. Landarbeitersamt Königsberg i. Pr.“ Also, lieber die Kartoffeln in der Erde verkaufen lassen, als Arbeitslose aus der Stadt zu verwenden. Dieselben Leute sind es aber, die nicht genug schimpfen können über die Unlust der großstädtischen Arbeiter zur Arbeit.

Jagdbare Kohlenkarte.

Ans wird geschrieben: Ich komme am 1. August auf die Protokommision, um ein Mitglied meiner Familie abzumelden. Das Fräulein nimmt alle Karten in Empfang, holt dann die Liste und erklärt mir, ich wüßte gar nicht Nr. 68 — ich wohne, wie gesagt, bereits acht Jahre dort. Auf meine Bitte, meinen Namen richtigzustellen, erwiderte sie, das sei ihre Sache. Als kurz darauf die Kohlenkarten ausgegeben wurden, wurde mir der Bescheid, mein Name sei verwechselt worden und meine Karte zurückgegeben. Von der Protokommision wurde ich sofort an die Kohlenstelle verwiesen. Dort erhielt ich keinen Einlass. Mein Brief schrieb einen Brief; keine Antwort. Ich ging zum Rektor meiner Protokommision. Er ließ sich das Fräulein rufen, zeigte ihr in meiner Gegenwart einen Brief auf und beschied sie sofort zur Kohlenstelle. Zwei Tage später sollte ich mir Bescheid abholen. Als ich endlich nach acht Tagen das Fräulein antraf, da reicht sie mir seelenvergnügt den Brief des Rektors mit dem Vermerk, ich solle allein zur Kohlenstelle gehen. Dort nahm man mir den Brief ab; ich glaubte nun Erlös zu haben. Aber nach weiteren acht Tagen kam die Aufforderung, ich solle angeben, wo ich im vorigen Jahr gewohnt habe. Mein Hauswirt setzte nun einen Brief auf, den ich „Eingeschrieben“ am 1. Oktober zur Post trug; bis heute aber habe ich noch keine Antwort darauf. Heute ist mit die Ausgabe der zweiten Kohlenkarte erfolgt; auf dieser Liste fehlt mein Name ganz. Nun geht die Jagd nach der Kohlenkarte von neuem los. Wie ich dazu gelange, ich weiß es nicht.

Wieder einer von den vielen Fällen, die den zuständigen Stellen Veranlassung geben sollten, einmal ganz energisch in das revolutionäre Dunkel mancher behördlichen Betriebe hineinzuleuchten.

Das Erbe der Vollewagen?

In der letzten Sitzung der Petitionsk. Groß-Berlin wurde ein Antrag der Milchhändler verhandelt, der dahinging, die heute nicht mehr zeitgemäßen Vollewagen vom 1. November ab außer Betrieb zu setzen. Ein gleiches wurde auch bezüglich der Volle-Läden verlangt. In ausführlicher Weise wurden, der Berliner Milchzeitung zufolge, die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte des Antrages begründet, so daß alsbald die Vereinfachung des Antrages anerkannt wurde. Der ambulante Milchhandel sei eine überlebte Erscheinung, nur müsse die Frage noch eingehend geprüft werden, auf welche Weise die hierdurch freierwerdenden Arbeitskräfte anderweitig untergebracht werden können. In der Sitzung wurde ferner mitgeteilt, daß die beiden eingetroffenen Probeentwürfen dänischer Milch als in jeder Beziehung zufriedenstellend zu bezeichnen seien. Anloß zur Klage habe nur das außergewöhnlich hohe Schwundmaß von 7 1/2 und 10 Proz. gegeben, das sicherlich auf Diebstahl zurückzuführen sei. Jedoch sollen Maßnahmen getroffen werden, um auch diesen Uebelstand zu beseitigen, so daß mit Unterstützung des Reiches ein Abfluß von rund 50000 Liter täglich herbeigeführt werden könne.

Film-Städte bei Berlin.

Die deutsche Filmindustrie hat gegenwärtig eine Reihe ganz großer Schöpfungen in Vorbereitung. Da ihr das Ausland für Aufnahmen noch meist nicht wieder zur Verfügung steht, hat sie sich einen Ausland-Ersatz geschaffen, indem sie im Umkreis Berlins die nötigen epischen Ortschaften aus dem märkischen Boden

stempfte. Die größte dieser Anlagen befindet sich, wie die „S. P. D.“ erzählt, in Waltersdorf, wo die Max-Film-Gesellschaft Regardier, indische Tempel und andere fremdartige Reifebilder für ihren Großfilm „Der Herr der Erde“ aufbauen ließ; außerdem hat sie bei Potsdam ein ähnliches Viertel emporblühen lassen. In Weiskene, dem nördlichen nördlichen Forst, ist ein florenz des 16. Jahrhunderts zu sehen. Noch einige Jahrhunderte weiter zurück hat man bei Tegel, wo auf den Heubergen par ein Stück ältestes Ägypten, nämlich Memphis, zum Himmelfein erwachen wird. Seit einigen Jahren gibt es in Neubabelsberg einen orientalischen Flecken, und auf dem engeren Gelände der Union in Tempelhof, wo mit äußerster Raumausnutzung Straße und Platz aus dem Spanien Carments errichtet worden, das jetzt sehr geschickt und sichtlich in das Revolutions-Paris für den Dubarry-Film umgewandelt wurde.

Ein großer Teppichbruch. 6000 M. Belohnung. Für 100000 M. Teppiche erbeuteten Einbrecher in einer Villa in der Von-der-Gebt-Straße. Sie drangen über den Vorgartenzwischen und dann durch ein Fenster in die Räume ein, während die ganze Bewohnerschaft im tiefen Schlaf lag. Gestohlen wurden im ganzen 10 Teppiche. Für die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 6000 M. ausgesetzt. — Für 50 000 M. Seide und Crepe de Chine wurden bei der Firma Sohn in der Markgrafstraße 50 gestohlen. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Für die Wiederbeschaffung der Stoffe usw. ist eine Belohnung von 10 Proz. des Wertes ausgesetzt. — In der Raumburger Str. 56 zu Charlottenburg drangen Einbrecher in die Geschäftsräume von Rosam ein und stahlen für 48 000 M. Blusen, Röcke, Seidenstoffe usw. Auch hier ist für die Wiederbeschaffung eine Belohnung von 10 Proz. des Wertes ausgesetzt.

Im Dienste tödlich verunglückt ist gestern der Hilfsweichensteller Richard Markstein auf dem Ruhengelände des Schlesischen Bahnhofs. Als er dort an der Weiche arbeitete, wurde er von einem Vorortzuge gefaßt und überfahren und so schwer verletzt, daß er auf der Stelle starb.

Zur Kartoffelkrise teilt uns der Schöneberger Magistrat mit: Die Verhandlungen über die Kartoffelverteilung in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung sind teilweise mißverstandlich weitergegeben worden. Von allen Seiten ist in der Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg festgestellt worden, daß die Lage der Kartoffelverteilung auch für Schöneberg durchaus bedenklich ist. Es ist richtig, daß Schöneberg in dieser Woche der Verteilung eine Menge von 14 Pfund Kartoffeln pro Kopf hat berechtigt. Diese Menge war aber natürlich nicht für eine, sondern für zwei Wochen bestimmt. Traurige Kartoffelverteilung hat Schöneberg bisher nicht annehmen können. Mit Rücksicht auf die Gefahr des Frostes ist es höchste Zeit, daß die notwendigen Winterreserven an Kartoffeln in den Großstädten angekauft werden.

Zentralverband der Angestellten. Sektion der Hotel-, Café- und Restaurationangestellten. Die Vertrauensleute versammelten sich am 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Biergasse, Bellevuestr. 106 um den Bericht über die schwebenden Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. Jeder Betrieb muß durch einen Kollegen vertreten sein. Mitgliedschaft legitimiert.

Quittung. Von der S. P. D.-Fraktion der Preussischen Landesversammlung wurden dem Parteivorstand 7000 M. überwiesen.

Kunstgeschichtliche künstlerische Veranstaltungen will das Staats-Theater von November bis Mai bei niedrigen Eintrittspreisen an den Sonntagvormittagen auf der Bühne des Schauspielhauses vorführen lassen. Die sollen entwicklungsgemäß ichtlich miteinander verbunden sein. Die einzelnen Programme sind ungefähr gezeichnet durch die Stichworte: Gotik, Renaissance, Reformations und Meisteringer, Antikritik und Sturm und Drang, Klassiker, Romantiker von Deme bis Nietzsche und Richard Wagner. An einleitende Vorträge werden die Dichtung und Musik reichen. Andere Sonntagvormittage sollen Dichtern der Gegenwart eingeräumt werden.

Die preussische Hauptkasse für den naturwissenschaftl. Unterricht veranstaltet in diesem Winter Lehrgänge zur Fortbildung der Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins. Anmeldungen bei der Hauptkasse Berlin W 25, Potsdamer Str. 120.

Die Akademische Orchester-Vereinigung an der Universität Berlin veranstaltet demnächst unter Leitung ihres Dirigenten Max Wachmann ein Konzert zum Besten kriegsbeschädigter Berliner Studenten.

Reaktion. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßte gestern in ihrer außerordentlichen Sitzung die neuen Stadträte. — Eine Erhöhung der Kinopreise (bei Kinoo bis zu 200 Plätzen 15 statt 10 Proz., bis zu 300 Plätzen 20 statt 10 Proz., bis zu 400 Plätzen 25 statt 15 Proz., mit mehr Plätzen 35 statt 20 Proz.) wurde genehmigt. Sie soll pro Jahr 400 000 M. mehr bringen. In der Debatte wurde betont, daß die Stadt ihre Einnahmen steigern muß, aber die Einkommensteuer kaum noch steigern kann. — Dem Beamten- und Angestelltenrat wurde für Geschäftsverluste eine jährliche Entschädigung von 4800 M. bewilligt. — Die Befoldungsordnung wurde haben abgeändert, daß nicht nur Beamten, sondern auch „Bediensteten“ bei Veranlassung die Befoldung weitergezahlt werden muß, aber die Kranken- und Unfallversicherung darauf angeordnet wird. — Den Feuerwehramannschaften wurde, wie bei der übrigen Feuerwehren Groß-Berlins, die Beamten-eigenhaft zuerkannt. Sie werden als Betriebsbeamte auf gegenseitige dreimonatige Kündigung angelegt. — Die Feiher der Kleintierzucht werden künftig nach Anhörung der Stadtverordnetenversammlung ernannt. Es wird völlige Neuwahl unter Verteilung der 50 Sitze nach der Proportionalität erfolgen. — Die Errichtung eines Lagerdepotens und einer Bureaukassette für die Befoldungsstelle der Stadt wurde genehmigt. Die Bürgerlichen brachten hier ihre Klage über die offensichtliche Bewirtschaftung auf neue vor. Auf die Notwendigkeit des Fortbestandes der Befoldungsstelle wiesen die Redner der sozialdemokratischen Fraktion und der Unabhängigen hin. Sie will die Minderbemittelten mit Kleidung zu erscheinenden Preisen versorgen. — Am Mariendorfer Weg sollen neben den beschlossenen vier Wohnbaracken noch sechs andere aufgestellt werden, die zusammen 24 Zweizimmerwohnungen enthalten und 450 000 M. kosten. — Die Versammlung stimmte dem Schiedsspruch über die Aufhebung der Arbeiterlöhne zu. Bei dieser Vorlage brachte Stadtr. Reumann (Soz.) den Streik der Hilfskräfte zur Sprache. Unter voller Anerkennung ihres grundsätzlichen Streikrechts bedauerte er, daß sie nicht vorher alle Mittel der Verhandlung erschöpft und auch die Organisation nicht zu Rate gezogen haben. Zu diesem wilden Streik hätte es nicht zu kommen brauchen, da Reaktion eine sozialistische Redezeit in der Stadtverordnetenversammlung und auch eine feste Vertretung der Sozialisten im Magistratskollegium hat. Auch Stadtr. Radtke (U. Soz.) hob hervor, daß der Streik nicht nötig war. — Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion forderte, daß die Kirchensteuer nicht mehr durch die Stadt eingezogen werden. Die Bürgerlichen Vereinigung widersprach. Der Antrag wurde angenommen. — Ein anderer Antrag der sozialdemokratischen Fraktion forderte den Magistrat auf, Schritte zur Ermöglichung der Errichtung städtischer Apotheken zu tun. Gütler (Soz.) legte die Notwendigkeit dieser Maßregel dar. Bis zur gesetzlichen Regelung der Apothekenfrage und der Kommunalisierung der Apotheken sollen Private keine Konzessionen mehr erhalten. Stadtrat Dr. Silberstein bedauerte, daß sie nach der Gesetzesvorlage zeitweilig nicht durchgeführt sein würde. Das Gesetz sei darin zu ändern, daß Apotheken von Gemeinden geführt werden können. Die Versammlung stimmte dem Antrag zu. — Ein von den Unabhängigen beantragter Protest gegen das Zumulschadengesetz, das der Gemeinden ein Kostendrittel auferlegen will, wurde einstimmig

angenommen. Er betont, es sei Sache des Reiches, alle Schäden zu decken.

Tegel, Gemeindevertretung. Die Ferienveranstaltungen der Schulen erfreuten sich reger Beteiligung. Die Waldscholungshütte erforderte einen Zuschuß von 26 000 M., wovon ein Drittel die Gemeinde tragen muß. Die Gemeinde nimmt von der Errichtung einer Volkshochschule Abstand, beteiligt sich aber an den Veranstaltungen Groß-Berlins. In Zwischenräumen von 3 bis 4 Wochen werden künstlerische Veranstaltungen arrangiert. Am 23. Oktober findet der erste Abend statt, und zwar über „Das Volkslied“. Für folgende Vorträge wird die Anschaffung eines Kinoapparates beschlossen, der auch den Schulen zur Verfügung gestellt werden soll. Der Eintritt für die Anstehende wird nach Programm auf 75 Pf. festgesetzt. Die Bibliothek soll ausgebaut und modernisiert werden. Ein Dringlichkeitsantrag für Ankauf der rationierten Lebensmittel seitens der streikenden Metallarbeiter 50 000 M. bereitzustellen wird dem Gemeindevorstand überwiesen. Zum Brandenburgischen Städtekongress werden entsandt Bürgermeister Stritt, Schöffe Heffes (S. P. D.), Schöffe Beyermann (U. S. P.). Die Gehaltsfrage der nichtständigen Bureauhilfskräfte und des Hilfspersonals war durch ein Probiorium geregelt, das Zulagen von 50 bis 100 M. vorsah; wenn in Berlin eine Regelung stattfindet, so ist diese auch für Tegel maßgebend. Der Beamtenausfluß wird anerkannt und ihm das Rückbestimmungsrecht in allen wirtschaftlichen und Dienstverhältnissen gewährt. Der Gehaltsaufschlag auf 53 Pf. erhöht werden. Ein Beamter wird als Desinfektor auszubilden und angeschlossen auf Grund des Ortsstatuts. Das Grundstück Bahnhofsstr. 7-8, auf dem sich der Gemeindefußball befindet, soll von der Gemeinde für 355 000 M. gekauft werden.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Bis Sonnabend für 104, 176, 192 und 216, bis Montag für 87, und 89, bis Dienstag für 86, 88, und 90. Brotkommission 125 G. Kilo. Friedrichsfelde-Kardhof. 15 Freitag Petroleum für Oktober.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Stratzen. Vorhandlung heute 1/2 8 Uhr. Generalversammlung Sonntag 10 Uhr bei Pollanbach. Hand- und Kopfarbeiter der U. S. G. (Z. V. D.). Versammlung am Freitag 4 Uhr im Soubienmannum. Beiratsrat. 15. Versammlung der Obleute, Vertrauensleute und Funktionäre sämtlicher auf dem Boden der S. P. D. stehenden Hand- und Kopfarbeiter der U. S. G. unbedingt erforderlich. Mitgliedsbuch der S. P. D. legitimiert.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Achtung, Arbeiter-Löhner! Auf unsere Anträge an den Gauvorstand des Arbeiter-Sängerbundes vom 19. September ist mitgeteilt worden, daß sich keine Vereine zur Mitwirkung bei unseren Veranstaltungen am 9. November, vormittags 10 Uhr, gemeldet haben. Wir fordern deshalb öffentlich die Gelangereine auf, die sich am 9. November an unseren Veranstaltungen beteiligen wollen, Meldungen an untenstehende Adressen gelangen zu lassen. Bezirksverband Groß-Berlin S. P. D., Bellevuestr. 7, D. Front.

Heber die russische Revolution. Ihre Ursachen und ihre Bedeutung spricht der Genosse Origorjan heute Abend in einem Auszug der sozialistischen Bildungsschule, im Luisenpark, Tempelhofer Ufer 2 II (Nähe Hülshofes Tor), Saal 11. Das Thema ist im Hinblick auf die gegenwärtigen Vorgänge in Russland besonders aktuell; Hörer können noch auf genommen werden. — Jendendorf. Freitag 8 Uhr, Oberrealist. Versammlung der Volkshochschule. 1. Vortrag. 2. Preisausgabe. 3. Regie-Besetzung erwünscht. — Touristenverein. Die Naturfreunde. Sonntag, Befestigung einer Hängebrücke in Herzfelde, anschließend Wanderung. Abf. 8 Uhr, 6.00 nach Straußberg. Gäste willkommen. — Aufbau und Werden. Heute abend 7 1/2 Uhr spricht Genosse Artur Salernus in der Aula der Gemeindehülle, Sophienstr. 21, über das Thema: „Praktischer Sozialismus“. Betriebskonditionen und Vertrauensleute sind besonders eingeladen. — Verein sozialdemokratischer Funktionäre. Freitag, 7 Uhr, bei Schulz, Elisabethstr. 10, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Renouveau der Sozialdemokratie“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Da zu Punkt 3 wichtige agitatorische Angelegenheiten zu erledigen sind, ist es Pflicht jedes Genossen, zu erscheinen. Gäste willkommen.

Aus aller Welt.

Wie „Tommy“ am Rhein Geld macht.

Wie man Geld auf einfache Weise verdienen kann, ohne einen Finger zu rühren, das teilt ein Soldat der englischen Besatzungstruppe am Rhein den Lesern der „Daily Mail“ mit. „Ich wechselte mir in Köln“, schreibt er, „meinen Scheck über 5 Pfund in der Bankfiliale von Coy ein, und da die Markvaluta gefallen war, so erhielt ich dafür 400 M. Ich wollte am selben Tage Geld nach England schicken und kaufte mir daher auf dem Marktplatz eine Postanweisung über 5 Pfund. Dafür mußte ich nur 387 M. zahlen. Ich hatte auf die leichteste und korrekteste Weise von der Welt 73 M. verdient. Zunächst schien mir das zu schön, um wahr zu sein. „Kann ich noch so eine Postanweisung kaufen?“ fragte ich den Postbeamten, indem ich mich selbst in den Arm zwidde, um festzustellen, ob ich auch nicht träume. „Natürlich“, sagte er. „Die anderen tun es auch; die Geschichte scheint sich sehr schnell herumgesprochen zu haben.“ Und dies war tatsächlich der Fall. Übermann in der Garnison schienen diesen neuen Weg des Geldverdienen für sich entdeckt zu haben. Als ich wieder zu dem Bankgeschäft von Coy zurückkam, da schien die ganze Rheinarmee in massierten Formationen vor der Tür aufgestellt genommen zu haben und die halbe hohe Straße war voll von Soldaten, die ein solch einträgliches Geschäft machen wollten. Bangsam rüdten wir zu dem Schalter vor, wo die Beamten so schnell wie möglich das Geld unwechselten. Und die Erklärung für diese merkwürdige Geschichte? Sie ist sehr einfach. Soweit sie mir von einem Zahlmeister auseinandergesetzt wurde, sind zwei Prinzipien der Geldumwechslung in Geltung: eine bürokratische, die sich täglich nach den Kurven richtet und bei der Bank in Anwendung kommt, und eine militärische; bei der der Wert der Mark für einen Monat im voraus festgesetzt wird. Die letztere Ziffer, die bei den Umwechslungen der Militärpost in Anwendung kommt, ist augenscheinlich viel geringer als die der Bank. Auf der Bank mußte man an dem fraglichen Tage 92 M. für ein Pfund zahlen, während bei der Post der Wert der Mark mit 77 1/2 M. festgelegt war. So konnte man also beim Umwechseln von 5 Pfund 73 M. verdienen und bei größeren Summen mehr. Kein Wunder, daß die Kölner Soldaten die günstige Gelegenheit ausnützten!

Bahnarbeiter. Nachdem jüngst in Berlin eine mit großem Kapital arbeitende Gesellschaft verfaßt worden war, die Lokomotiven und einen ganzen D-Zug nach Polen verschicken wollte, was in Friedland in Schlefien ein paar ehemalige Polizei- und Gemeindebeamte, die nach Weimen zogen, sind jetzt wegen verführerischer Verschiebung von 60 000 Mark für die Eisenbahnarbeiten und Vertriebsständen, Tuchen usw. in Münster i. W. der Güterdortlicher Hügel und der Oberbahnstationen Kauffe: verfaßt worden.

Fünf Meterzentner Schokolade auf der Straße. Die Budapester Polizei veranlaßte gegen Straßenverkäufer eine großangelegte Razzia. 240 Personen wurden verhaftet, unter ihnen auch Beamte und Beamtinnen. Den Verhafteten wurden abgenommen: 20 000 Stück Gebäck, 5 Meterzentner Schokolade, 30 000 Zigaretten und noch sehr viel andere Waren.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittig. Zunächst trocken und größtenteils heiter. In den Mittagsstunden ziemlich mild. Später im Rittengebiet wieder stärkere Bewölkung. In der Nacht zu Freitag im Binnenlande vielfach leichter Frost.

Augenblickseindrücke.

Das hohe und helle, freilich nicht geräumige Sitzungszimmer im Nordbau des Reichstages ist dicht gefüllt mit einer gar seltenen Vereinigung politischer Leute. Im Hintergrund die grüne Tafel mit Sesseln, an der die Mitglieder des parlamentarischen Untersuchungsausschusses sitzen, und zwar wahllos durcheinander, diejenigen des Hauptausschusses und die des Unterausschusses für die Friedensmöglichkeiten, da die öffentliche Weisungsgebung beginnt.

Der konservative Warmuth, Habitus des einfachen deutschen Richters, mit seinem routinierten Durchschnittskopf in der Mitte der Tafel als Vorsitzender. Er beschränkt sich klugerweise auf rein geschäftliche Ausführungen und charakterisiert sich selbst ungewollt dadurch, daß er Art. 177 der neuen Reichsverfassung überflüssig und abschüssig oder handwerklich-mächtigere Zeugen und Sachverständige auf die neue Möglichkeit aufmerksam zu machen versieht, daß die Vereidigten unter Weglassung der religiösen Eidesformel einfach erklären können: „Schwüre“. Er sagt also die alte Formel herunter und führt dann den Vorstoß mehr als juristischer Techniker, denn als misshagender Politiker.

Links neben ihm der Referent für die Friedensverträge Wilsons, der Rechtsanwalt und Weisheitssozialist Dr. Singheimer. Rechts zum Vorsitzenden Gothein und Spahn, die beiden erfahrenen Brautköpfe, die sich zunächst ganz gemessen zurückhalten. Zur Abwechslung auf der äußersten Rechten der Unabhängige Dr. Cohn, der schon eifriger, aber immer freundlich als Beistand eingreift. Ringsherum die anderen Vorsitzenden der Ausschüsse und hinter den Stühlen Gaußmann, David u. a. David ganz bingegenommen von der Verhandlung, die einen Teil seiner wichtigsten Kriegsstadien berührt.

Vor dem Vorsitzenden im leichten Halbmond des Untersuchungsausschusses ein Einzelstich für die Zeugen, an dem an den ersten beiden Tagen als erster der frühere deutsche Vorkämpfer für Nordamerika, Graf Bernstorff, sitzt. Das Neuhere ganz Cavalier und feindliche Korrektheit; im Sprechen und Auffassen aber einfach, klar und klar; unerschütterlich darin, nach allen Unterbrechungen den Faden ruhig an genau derselben Stelle aufzunehmen, an der er unterbrochen wurde. Unverkennbar Typ des Staatsmanns der alten liberalen Schule, voll starken Glaubens an persönliche Friedensabsichten Wilsons, deshalb eine ganz keine Schattierung oppositionell gegen die Regierung Bethmann Hollweg, die glänzende Gelegenheiten zum Frieden durch Wilson nicht hindern kann.

Um diesen Mittelpunkt, dem Zeugentisch herum, gruppiert sich alles übrige. Links von ihm der Sachverständigenstich, steigt mit den Experten verschiedenster Richtung. Auf dem Tisch zahlreiche Kriegs- und Memoirliteratur. Links ein Tisch für weitere direkte Interessenten. An ihm sitzt die mächtige Gestalt Bethmanns, der herbeigekommen ist, seinen Mann zu stehen. Er ist ungebeugt, folgt mit intensiver Aufmerksamkeit der Bernstorffschen Aussage, macht sich Notizen und hört innerlich beschiedigt und still zurückgelehnt zu, wenn der Zeuge überdies, wie Wilson und House bis etwa Ende 1916 an die Friedensbereitschaft der deutschen Regierung glauben konnten.

Gochdramatisch wird am ersten Tage die Beweisaufnahme, als sie sich dem Schluß des Jahres 1916 nähert. Während die deutsche Regierung bis dahin Wilson ständig ermutigt und als Gegenspieler unterläßt in seinem Suchen nach einem Friedensmodus, wird die Saalage trübe im Dezember 1916. Man wußte in den offiziellen deutschen Kreisen genau, daß der amerikanische Präsident trotz der U-Bootschwierigkeiten seinen Friedensschritt machen würde. Blösig warierte man ihn nicht mehr ab, sondern verkündete das bekannte, eigene Friedensangebot und schritt wenige Wochen darauf zum versärfen U-Bootskrieg, während man wußte, daß sich Wilson mit dem Kreuzerrieg noch abfinden würde. Alles macht vorläufig den Eindruck, als habe eine geheime Macht, die an einen niederschmetternden deutschen Waffensieg glaubt, die Friedensbeziehungen mit Wilson rauh und gewaltsam durchkreuzt. Die Berliner Depeschen an Bernstorff, ein Privatbrief Jagows an diesen, ein Memorandum der deutschen Regierung, von dem Bernstorff sagte,

oder den „Boston Guardian“, dessen Herausgeber Trotter Doktor der Universität Harvard ist. Auch die tabuläre Bewegung der „Industrial Workers of the World“ besitzt unter den Farbigen des Südens eine große Anzahl von Anhängern. Diese ganze Bewegung hat eine große Macht im politischen Leben Amerikas erlangt und bedroht die gegenwärtige Lage mehr als alle anderen Schwierigkeiten.

Berliner Bibliothekswünsche. Die Berliner Staatsbibliothek hat auch von den meistverlangten Werken der neueren wissenschaftlichen Literatur ein Exemplar. Was das bei einer Benutzerzahl von vielen Hunderttausenden bedeutet, liegt auf der Hand. Wer sich ein Buch bestellt, bekommt nach ein paar Tagen die Mitteilung, es sei schon vielfach vorbestellt und daher in absehbarer Zeit nicht verfügbar. Also: man schaffe bei den wichtigsten neuen wissenschaftlichen Werken mehrere Exemplare an und mache die Bibliotheken, die jetzt ungläubliche Geduld von den Benutzern erfordern, dadurch erst recht nutzbar.

„Industrielle Psychotechnik.“ Die 90 Teilnehmer an dem vom Verein deutscher Ingenieure zusammen mit dem Versuchsfeld für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg veranstalteten Ausbildungskursus haben das Arbeitsministerium ersucht, für die psychotechnischen Untersuchungen der in der Industrie notwendigen Arbeitergruppen und Befehlsgeber eine wissenschaftliche Zentrale zu schaffen.

Eine Ehrenerkennung für deutsche Universitäten haben eine Reihe von Afrikanern, die ehemals auf deutschen Universitäten studiert haben, angefordert. Es wird darin deutscher Wissenschaft, Objektivität und Gastfreundschaft ein rühmliches Zeugnis ausgestellt.

Vollständiger Konzert. Am 5. Konzert des Verbandes der Freien Volkshäuser am 2. November, vorm. 11^{1/2} Uhr, im Theater am Bülowplatz (Rintgen-Darstellung Quartett Streichquartette von Schubert und Brahms auf. Karten 2 M. einschl. Kleiderabgabe in den Warenhäusern von Hermann Ties, in der Volkshäuserbuchhandlung, Ebersfelder Straße 68, und in der Geschäftsstelle des Verbandes der Freien Volkshäuser.

Kunstabend. S. Edwardski spricht am 27. Okt. in der Sezession (Rintgen-Darstellung 22) Gedicht; R. K. Schröder: Dornblüher; neue Parabeln und eigene Schmückungsstücke.

Kunst. Die Ausstellung von Plakaten und Zeichnungen vom August 09 u. 10. Die Paul Cassirer zur Feier des fünfzigsten Geburtstages des Künstlers veranstaltet, wird am Freitag eröffnet.

Das Theater der Jungen. Bühnen der Direktion des Theaters „Die Tribüne“ und der Gesellschaft zur Pflege junger Dichtung „Das junge Deutschland“ u. a. sind Verhandlungen im Gange, die auf eine Vereinigung der beiden Unternehmungen abzielen.

Der verdammte Berliner. Die Wölfe von Wilsons Fedor Cohn, die 1913 bei dem Weltkongress um die beste Berliner Lokaltheater den Preis erhielt, wird in dieser Spielzeit am Volkstheater Stadttheater die Aufführung erleben. Der Autor war bereits im Jahre 1912 mit einer logalen Satire gegen das Berliner Bauherrschaft unter dem Titel „Kulturpalast“ in der „Freien Volkshäuser“ zu Wort gekommen.

Die Theaterpreise klingen. Die Eintrittspreise für das Charlottenburger Deutsche Opernhaus sollen erheblich erhöht werden, um das drohende Mißverhältnis auszugleichen. Die Stadtverordnetenversammlung wird das Nähere bestimmen.

daß es bei Wilson und House ausgezeichnet wirkte, bestätigen bei ihrer Verlesung die Friedensgenötigkeit Deutschlands bis zum Dezember 1916, die auf Wilsons Aktion eingestellt war. Dann sieht es aus, als hätte Wilson mit kräftiger Hand beiseite geschoben werden sollen und man habe sich alles zugetraut — auch ohne, ja gegen Amerikal Sied: das schon Ludendorff seine Krallen aus? ...

Nach der anderen Seite zeigt die Befragung schon jetzt Wilson in seinen Bedingungen, und das ist für uns Sozialisten vielleicht die wichtigste Seite dieser Episode. Wilson zögert die Friedensentscheidung über seine Wiederwahl hinaus, er löst nicht bloß auf die Eroberungspläne der Entente als gewaltige Hindernisse für sein Friedensbemühen, sondern er muß auch fortgesetzt auf jedes Lüftchen in seinem eigenen Lande lauschen. Aus Bernstorffs Belandungen heraus drängt sich immer wieder die Tatsache hervor: Wilson war gezwungen, ständig mit dem amerikanischen Kapitalismus und Kriegslieferantentum zwar nicht zu paktieren, aber mit ihm zu rechnen. Nachdem er die „Neutralität“ unter dem furchtbaren Druck jener Mächte schon so weit ausgelegt hatte, daß Amerika durch seine Waffenlieferung in der Wirkung fast Kriegsführender geworden war, hemmte ihn die Auswirkung dieses Zustandes auf Schritt und Tritt in seinen idealen Absichten. Daher offenbar die Verzögerung seiner Vergleichsvorschläge und des Momentes für sein Eingreifen. Durch die Blockade einerseits und U-Bootskrieg andererseits spitzten sich die Dinge zu. Wilson hoffte, die Blockade wenigstens mildern zu können, kam aber nicht zu Rande und die Verlenungen der Lusitania und der Sussex waren die deutschen Gegenwirkungen dieser Verzögerung. Der amerikanische Kapitalismus wollte weder auf seine Kriegslieferungen verzichten, noch sie sich durch U-Boote stören lassen und erhielt durch die Zorpedierungen von Passagierschiffen gute Vorwände zur Agitation gegen Deutschland.

So griff Eines ins Andere ein. Wilson blieb unfrei im Handeln, und in Deutschland konnten Kräfte zum verhängnisvollen Einfluß gelangen, die über die Persönlichen triumphierten, weil die Hoffnung auf Wilson zu trüben schien. Daher vielleicht die furchtbare Wendung seit Ende 1916. ... Schon lang in manchen Stellen deutscher Regierungskreise die Wendung durch, daß man so lange nicht warten könne und es unter Umständen auch mit Amerika aufnehmen müsse. ... Die furchterliche wirtschaftliche Unwissenheit der Ludendorffschule fing an zu triumphieren, begünstigt durch die Gebundenheit Wilsons an die Raffgier des amerikanischen Kapitalismus, „seines“ „Skeletts im Hause, wie wir die „Feste Druff“-Leute als unser Skelett im Hause hatten. ...

Das sind erste, unverbindliche Eindrücke, noch kein auch nur entfernt abschließendes Urteil. Die weiteren Fortsetzungstage werden weiteres aus der Welttragödie bringen. Eugen Richters Kopfabzug und das Modell seines Berliner Denkmals schauen verwundert auf das Schauspiel im Raum. Dieser war früher Fraktionsaal der Freisinnigen. Damals lag diesen Politikern die Möglichkeit einer so katastrophalen Entwicklung der Weltpolitik so unendlich fern, daß sie sich schon verwundern dürfen. Aber sie haben zahlreiche Erfahrungen, die längst noch nicht viel weiter sehen konnten. Sonst hätten sie mit uns zusammen die Ludendorff wie die Kriegskapitalisten schon im Kriege niederringen müssen. Ob sie aus der Wahrheit, die hier allmählich von Umhüllungen und Vorhängen befreit werden sollen, jetzt endlich lernen? ... Q.

Wie die P. B. R. erfahren, wurde beschlossen, daß der 4. Internat. (Vorjahr: Bd. 2. Landbezug), der ursprünglich nur die völkerrechtswidrigen wirtschaftlichen Maßnahmen untersuchen sollte, alle völkerrechtswidrigen Maßnahmen, die während des Krieges in Belgien getroffen wurden, zu prüfen haben wird, gleichviel ob auf militärischem oder wirtschaftlichem Gebiete.

Ganze Arbeit.

Im Münchener Gesellenmordprozeß hat einer der wie durch ein Wunder dem Warden entronnenen katholischen Gesellen bei seiner Vernehmung als Zeuge den erregten Ausdruck getan, er verstehe nicht, wie gegen diese Täter nur Anklage wegen Totschlags, nicht wegen Mordes erhoben worden sei. Der Staatsanwalt hat sich darauf in hochfahrender Burenkrautmanier diese Einmischung des Zeugen in seine Befugnisse verboten.

Formell mag der Staatsanwalt Recht haben, aber dieser Zeuge hat nur ausgesprochen, was alle Welt denkt. Es ist vollkommen verständlich, wie bei einer derartigen grauenvollen Tat die Staatsanwaltschaft sich von vornherein auf den Standpunkt festlegen konnte, daß den Tätern die zum Tatbestand des Mordes gehörende Ueberlegung gefehlt hat.

Auch sonst kommt uns die vorbereitende Arbeit der Staatsanwaltschaft höchst unzulänglich vor. Sind die vier Angeklagten wirklich alle Schuldigen aus der sicher viel größeren Zahl der Täter, Mittäter und Helfer, deren man habhaft werden konnte? Warum sitzt der samose Hauptmann v. Stutterheim nicht auf der Anklagebank, der den Oberbefehl über den Transport hatte, und passives Verhalten die grauenvolle Tat erst möglich gemacht hat? Der Blay dieses Mannes ist nicht auf dem Zeugenstand, sondern neben den Angeklagten.

Ebenso gehören später in einem besonderen Verfahren auf die Anklagebank die Mitglieder des Kriegsgeschichtlichen 2. Gardebataillon, die bei der ihnen obliegenden Aufklärung der Tat vollkommen versagt und nicht einmal die Anfertigung eines Sektionsprotokolls über den Leichensund veranlaßt haben. Von militärischer Kreisen wird jetzt systematisch für die Beibehaltung der Kriegsgeschichtlichen Propaganda gemacht. Es wäre sehr gut, wenn das völlige Versagen dieses Kriegsgeschichtlichen in einer so wichtigen Sache durch ein Gerichtsverfahren entsprechende Beleuchtung fände.

Ueber die Konsequenzen, die aus diesem Prozeß zu ziehen sind, wollen wir erst reden, wenn das Verfahren seinen Abschluß gefunden hat. Heute verlangen wir vor allem, daß ganze Arbeit gemacht und die Untat restlos geföhnt wird, wozu die Anklageerhebung gegen alle Personen gehört, die sich direkt oder indirekt mitschuldig gemacht haben.

Der Reichspräsident in Breslau.

Nach Befestigung der Breslauer Ausstellung führen der Reichspräsident und die ihn begleitenden Minister zum Landeshaus. Dort wies in seiner Begrüßungsrede Reichskommissar Örsing darauf hin, daß auch der Reichspräsident die Friedensbedingungen loyal durchzuführen wolle. Aber ein Schrei des Entschens über dieses Unrecht geht durch Schlesien, und deshalb richte er die dringende Bitte an ihn, zu versuchen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dieses Unrecht noch im

fehlen Augenblick zu verhindern. (Bravo.) Das ganze deutsche Volk solle sich wie ein Mann hinter die Regierung stellen, damit Oberschlesien erhalten bleibe.

Reichspräsident Ebert versicherte, daß er und die Reichsregierung keine anderen Sorgen kennen, als Oberschlesien Deutschland zu erhalten. Jeder Deutsche müsse die Abtrennung Oberschlesiens vom Reich als schweres Unrecht empfinden. In den großen Kämpfen, die jetzt bevorstehen, dürften die ober-schlesischen Deutschen sich von ihren deutschen Brüdern nicht verlassen fühlen. Mit Rat und Tat werde er und die Reichsregierung ihnen zur Seite stehen. Vor allem erachte die Reichsregierung es als ihre Pflicht, während der Zeit der Besetzung die Verhältnisse so erträglich wie möglich zu machen, damit jeder seiner Arbeit ruhig nachgehen und die deutsche Werkkraft sich entfalten könne. Mit der festen Überzeugung, daß Oberschlesien deutsch bleibe, setze er dieser Entscheidung entgegen. Der Reichspräsident appellierte noch einmal an die ober-schlesische Bevölkerung, absetzende zurückzutreten und einig und entschlossen und machtvoll zu rufen: Oberschlesien dem Deutschen Reich! Minister Heine ergriff das Wort namens der preussischen Staatsregierung und wies auf Unrecht hin, daß Teile von Schlesien, nachdem das Selbstbestimmungsrecht proklamiert worden sei, ohne Befragung von Deutschland losgerissen werden sollten. Dem eigenartigen Gebiet von Schlesien und besonders Oberschlesien solle ein weitgehendes Recht auf Selbstordnung seiner Angelegenheiten gegeben werden. In den letzten Tagen habe er sich mit der Durcharbeitung der neuen Städteordnung beschäftigt, und dabei sei ihm so recht zum Bewußtsein gekommen, welch hartes politisches Leben in den Kommunalverbänden pulsiere. Die Revolution habe auch auf diesem Gebiete die Kräfte befreit. Deshalb sollten die Kommunen erheblich unabhängiger gestellt werden als bisher. Die Gemeinden müßten eine gewisse Finanzhoheit haben und ihre kulturellen Aufgaben selbst regeln können. Mehr als je müsse jetzt das deutsche Volk zusammenarbeiten mit dem Ziele der Wiederherstellung unseres Vaterlandes, der Schaffung eines neuen Deutschlands, in dem das gemeinsame Ziel herrsche, Deutschland wieder groß und einig zu machen.

Wenndes lehrte der Reichspräsident nach Berlin zurück.

Eine Rede Noskes.

Der gestrigen Tagung des Reichswirtschaftsverbandes deutscher Berufssoldaten wohnte auch Reichswirtschaftsminister Noske bei, dem die Wünsche und Beschwerden der Unteroffiziere vorgetragen wurden. Gefordert wird u. a. eine Reichsschule, ferner eine gesellschaftliche Vertretung der Berufssoldaten, Anrechnung der in den Abwärtungsstellen abgeleiteten Dienstzeit bei der Anstellung als Beamter oder beim Uebertritt in das Reichsheer, Forderung der bisher in der Reichswehr besorgenen Gebührens an alle in den Abwärtungsstellen Beschäftigten, vorzugsweise Beschäftigung der Kapitulanten in den Abwärtungsstellen neben Kriegsbeschädigten und Kriegserwitwen und Gemählern der aus dem Zivilversorgungsschein sich ergebenden Rechte.

Reichswirtschaftsminister Noske führte aus, daß er den Sorgen der Unteroffiziere stets besondere Beachtung geschenkt habe, aus Dankbarkeit für geleistete Dienste, und weil es natürlich nicht gleichgültig sein könne, wie hunderttausend kräftige Männer denken. Allerdings ziehe die Finanzlage des Reiches enge Grenzen. Im Widerspruch der Interessen der Zivilangestellten und Kapitulanten müsse ein Ausgleich geschaffen werden. Rohlerwerbene Rechte aus dem Zivilversorgungsschein müßten selbstverständlich gewährleistet werden. Ohne Zivilversorgungsschein werde man auch in Zukunft nicht auskommen können. Das neue Reichsrecht sei nicht denkbar ohne einen Stamm erfahrener Unteroffiziere, denen man nicht zumuten könne, noch einige Jahre weiter zu dienen, wenn ihnen nicht der Zivilversorgungsschein zugesichert werde. Das Abfindungsrecht sei zu Unrecht so abfällig kritisiert worden. Scharf betonte der Minister, daß er mit äußerstem Mißtrauen den Bestrebungen gegenüberstände, die darauf hinauszielen, die

Reichswehr zu einer Gewerkschaft

zu machen und daß er derartigen Bestrebungen aus dem entschiedenen entgegengetreten werde. Wenn ein solcher Geist in der Truppe herrsche, dann wäre sie nichts wert. Die Entpolsterung der Reichswehr müsse angestrich werden. Jedem Soldaten sollen möglichst weitgehende Staatsbürgerrechte gewährt werden. Aber es wäre doch ein bitterer Zustand, wenn z. B. bei Waffen die Rosenerntens von Flugblattverbreitern aller Parteien umlagert, die Kaserne zum politischen Diskussionsklub werde. Während der zwölfjährigen Dienstzeit soll den Soldaten eine Ausbildung erteilt werden, die sie befähigt, das Bürgerrecht einer zuverlässigen, von staatsbürgerlichem Pflichtbewußtsein erfüllten Beamtenschaft zu werden. In dem neuen Heer wird es Offiziersaspiranten nicht geben. Nach ein- bis zweijähriger Dienstzeit wird es sich entscheiden, ob der Soldat sich zum Führer eignet oder nicht, und im bejahenden Falle wird er die Offizierschule besuchen. Der Vorstoß der besseren Schulbildung werde sich zwar für die erste Zeit wohl noch geltend machen, bis eben die Einheitschule geschaffen, aber auch von vornherein werde ein begabter und strebsamer Volksschüler die Möglichkeit haben, zu den höchsten Führerstellen zu gelangen. Die künftige Reichswehr soll unserm Staatswesen wieder Halt und Kraft verleihen und die Möglichkeit bieten, aus tiefer Erniedrigung wieder zu neuer Mähe und neuen Ansehen zu gelangen.

Kleine politische Nachrichten.

Das Gesetz gegen die Kapitalflucht ist am Mittwochabend in der dafür eingesetzten Kommission der Nationalversammlung nach dem Vorschlag der Regierung in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Demokraten und Deutschen Volkspartei angenommen worden. Es soll mit dem 1. Dezember 1919 in Kraft treten.

Ein vertrauenswürdiges Richter. In Frankfurt a. M. fand am Sonnabend eine deutsch-nationale Versammlung statt, die von dem Landesgerichtsdirektor Dr. Helmmann mit den Worten eröffnet wurde: „Mit Gott für Kaiser und Reich.“ Es gibt keinen Kaiser. In der Formel des Dr. Helmmann liegt ausgedrückt, daß er die bestehende republikanische Staatsform nicht anerkennt, daß für ihn der Kaiser noch Herr in Deutschland ist. — trotz des Eides, den er auf die republikanische Staatsübernahme geleistet hat. Wenn Landesgerichtsdirektor Dr. Helmmann es will seinem Eid vereinbaren kann, den monarchistischen Staatstreue zu propagieren, so kann auch sein Richter eid, der ihm Treue zu den Gesetzen bei der Urteilsfällung auferlegt, keine Garantie bieten.

Die Vereinigung zur Bekämpfung des Volkseigenums sagt in einem von der „Freiheit“ veröffentlichten Verbandsheft, daß sie im Auftrage von amtlichen Stellen eine Nachrichtorganisation unterhalte und zum Zweck des Ausbaus einer Organisation gegen die Exzesse „mit heftigen Ministerien Fühlung genommen“ habe. Hierzu wird amtlich erklärt, daß weder eine Reichs- noch eine preussische Behörde irgendwelche Beziehungen zu dieser Vereinigung unterhalten hat noch unterhält. Die amtlichen Stellen des Reichs wie Preußens stehen den Agitationen der Vereinigung nach wie vor ablehnend gegenüber.

Die Bereidigung der preussischen Beamten. In der gestrigen Sitzung des preussischen Staatsministeriums hat die Regierung beschlossen, für die preussischen Beamten die gleiche Eidesformel wie im Reich anzuwenden. Die Beamten sollen noch vor Verabschiedung der preussischen Verfassung zunächst auf die Reichsverfassung vereidigt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Fortgang der Verhandlungen.

Ueber die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht erhalten wir von der Streikleitung des Metallarbeiterverbandes folgenden Bericht: Die Eingruppierung der einzelnen Kategorien gestaltet sich sehr schwierig, so daß mit der Beendigung der Einreichung aller Branchen und Gruppen in dieser Woche kaum zu rechnen sein wird. Es finden aus diesem Grunde Parallelverhandlungen zwischen den Verhandlungskommissionen des Verbandes der Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiterverband statt. Der Hauptzweck dieser Verhandlungen ist, eine Basis zu finden, nach welcher die Wiederaufnahme der Arbeit in Angriff genommen werden kann.

Die Unternehmer beabsichtigen bei den Wiedereinstellungen willkürlich zu verfahren. Ganz besonders die Funktionäre, Arbeiterausschüsse und Betriebsräte sollen nicht, wie es von unserer Seite gefordert wurde, zuerst eingestellt werden. Wir werden an dieser Forderung festhalten, weil es nach unserer Meinung unbedingt notwendig ist, daß die Betriebsräte und Arbeiterausschüsse über die Art der Wiedereinstellung in den Betrieben mitbestimmen müssen.

Die Unternehmer versuchen auch auf andere Art die Geschlossenheit der Streikenden zu durchbrechen. So werden jetzt Postkarten an die Arbeiter verandt, in denen sie zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert werden. Wir fordern unsere Kollegen erneut auf, sich durch derartige Mittel nicht irritieren zu lassen und erklären nochmals ausdrücklich, daß in keinem Betriebe auch nur ein Kollege die Arbeit ohne Zustimmung der Junghehrkommission aufnehmen darf. Jeder Kollege, der anders verfährt, müßte als Streikbrecher betrachtet werden. Wir erklären aber auch weiter, daß von den circa 160 000 im Ausstand befindlichen Kollegen sich noch niemand gefunden hat, der den Bemühungen der Unternehmer zum Opfer gefallen ist. Die Kampffront der Berliner Metallarbeiter ist nach wie vor eine geschlossene.

Heute, Donnerstag, kommen folgende Gruppen zur Verhandlung: Heizer und Kochknechte vormittags 11 Uhr, Transportarbeiter mittags 12 Uhr, Metallarbeiter nachmittags 3 Uhr, Eisenarbeiter nachmittags 4 Uhr.

Am Freitag wird über die Einreichung folgender Gruppen verhandelt: Schmittarbeiter vormittags 10 Uhr, Glaser und Dreher vormittags 11 Uhr, Metallarbeiter und Gasarbeiter mittags 12 Uhr, Eisenkonstruktionsbetriebe nachmittags 3 Uhr, Eisenformier und Berufsgenossen nachmittags 4 Uhr.

Die Verhandlungskommissionen, deren Gruppen am Freitag zur Verhandlung kommen, werden ersucht, am Donnerstagnachmittag, pünktlich um 3 Uhr, im Arbeitsnachweis des Verbandshauses, Linienstr. 83/85, zu erscheinen.

Die außerordentliche Generalversammlung der Berliner Verwaltungsgewerkschaft findet heute nachmittags 3 Uhr in der Sagenhofer Brauerei, Eingang Fiedlinstraße, Ecke Wellenallee, statt. Tagesordnung: Bericht über die gegenwärtige Lage. Wir machen darauf aufmerksam, daß Obleute und Streikleiter, die nicht im Besitze der Vertrauensmännerkarte sind, zur Generalversammlung keinen Zutritt haben. Die Ortsverwaltung.

Der Beamten- und Arbeiterausschuss des Polizeipostamts hat in einer Sitzung den streikenden Metallarbeitern seine volle Sympathie ausgesprochen und ersucht alle Postbeamten und Ausschüsse, durch Entnahme von Streikmarken, die zum Preise von 1, 5 und 10 M. im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, und im Metallarbeiterverband, Linienstr. 83/85, erhältlich sind, ihre Solidarität zu betätigen.

Der Streik der Müllstuscher erfolgreich beendet.

Der Streik der Kutscher, Mithfahrer und Verladearbeiter bei der Wirtschaftsgenossenschaft ist beigelegt. Die Arbeit ist am Mittwoch früh in vollem Umfange wiederaufgenommen worden. Am Dienstag, den 21. d. Mts., hat nochmals eine Verhandlung mit der Direktion und dem Ausschussrat stattgefunden, wobei eine Einigung auf folgender Grundlage zustande kam:

Die Arbeitszeit beträgt für alle Arbeitnehmer acht Stunden.

Das Arbeitspensum ist für jedes Gespann 3 Touren mit je 33 1/2 Kasten bzw. 100 Kasten pro Tag. Der Lohn beträgt für Kutscher pro Woche 160,90 M., für Schaffner 145,90, für Verladearbeiter 125,10 M., für Stallknecht 115,20, Hofarbeiter 95,10 M., Monteur und Kranführer 135 M. pro Woche. Kutscher, welche mit drei respektive vier Pferden fahren, erhalten 5 M. mehr Lohn pro Woche. Das Fügen und Reinigen der Pferde am Sonntag vormittagen erfolgt in wechselnder Reihe alle 14 Tage, und erhalten die Kutscher für diese Tätigkeit 8 bzw. 9 M. Für das Wechlagen der Pferde werden 2 M. pro Pferd und Monat vergütet. Urlaub wird gewährt nach einem Jahr 6 Tage, dann für jedes weitere Dienstjahr ein Tag mehr bis zu 15 Werktagen.

§ 616 des B.G.B. findet entsprechende Anwendung nach den Bestimmungen des Schwerfuhrwerksbetriebs. Außerdem werden den Arbeitnehmern nach vierwöchentlichem Dienstantritt je zwei Arbeitsblusen unentgeltlich geliefert. Für sanitäre Einrichtungen wird Sorge getragen. Der Tarif, welcher auf dieser Grundlage geschaffen ist, hat Gültigkeit vom 21. Oktober 1919 bis zum 20. April 1920.

Ferner hat noch eine Verständigung zwischen den Streikenden und der Direktion betr. des während des 16tägigen Streiks liegenden Mülls auf den Grundstücken dahin stattgefunden, daß die Arbeiterchaft sich verpflichtet hat, diesen Müll innerhalb 14 Tagen mit Beseitigen zu helfen. Die Wirtschaftsgenossenschaft zahlt für diese Mehrarbeit 70 Proz. des jetzt bewilligten Wochenlohnes an jeden Arbeitnehmer. Von diesen 70 Proz. werden den Arbeitnehmern am Dienstag, den 28. Oktober, zunächst 100 M. Vorkauf gezahlt. Den restlichen Teil erhalten die Arbeiter nach 14 Tagen nach Beseitigung des angehäuften Mülls.

Zusammenschluß nach Gewerbe- oder Industriezweigen.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Anstelltenverbände schreibt uns: Das Ortskartell Berlin der Afa hat sich in einer Sitzung eingehend mit dem vom Vollzugsrat in letzter Zeit veranlaßten organisatorischen Zusammenhängen der Angestellten und Arbeiter einzelner Gewerbebereiche eingehend befaßt und ist auf Grund der funktionären-Verhandlungen, wie sie im Lebens- und Genussmittelgewerbe sowie in der Textil- und Bekleidungsindustrie stattgefunden haben, zu folgendem Ergebnis gelangt:

Es wird durchaus anerkannt, daß die Gewerkschaften in ihrem Aufgabenkreis und ihrem Aufbau den neuzeitlichen Verhältnissen angepaßt werden müssen. Die Gewerkschaften sollen vor allem nicht nur Berufsverbände, sondern Klassenkampforganisationen sein. Auch muß der Gedanke der Betriebsolidarität in der Organisationsform mehr als bisher zum Ausdruck kommen. Zu diesem Zwecke haben die freien Anstelltenverbände Fachgruppen gebildet, die alle Anstellten der einzelnen Gewerbebereiche erfassen. Die Wiederberufung der Fachgruppen soll in allen Verbänden der Afa gleichmäßig durchgeführt werden, so daß die Handlungsgehilfen, Techniker, Werkmeister usw. bestimmter Industriezweige innerhalb der Afa zur engsten Zusammenarbeit befähigt werden. Im Handel wird nach denselben Grundsätzen verfahren. Der an sich gesunde Gedanke der Industriearbeiterschaft wird hier also verwirklicht, ohne daß die Berufsverbände als solche aufhören, für deren Beibehaltung eine Reihe wichtiger Gründe sprechen. Die organisatorische Verbindung der freien Anstelltenverbände mit den Arbeitergewerkschaften soll gleichfalls ausgebaut werden.

Alle diese Reformen müssen sich aber innerhalb der Gewerkschaften vollziehen und es wird als grundlegend verkehrt und bedenklich erachtet, das neuerdings auf Betreiben des Vollzugsrates neben den gewerkschaftlichen Verbänden neue Arbeiterorganisationen geschaffen werden. Die bei den Gründungsversammlungen abgegebenen Erklärungen, daß eine Zertrümmerung der Gewerkschaften nicht beabsichtigt sei, ändert nichts an der Tatsache, daß zunächst mindestens eine starke Verwirrung unter den Angestellten und Arbeitern angerichtet wird und daß bei einer Fortführung dieser Organisationsbewegung die gewerkschaftliche Aktionskraft der gesamten Arbeiterschaft eine bedauerliche Schwächung erfahren müßte.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Nächst finden im Reichsarbeitsministerium erneut Verhandlungen über eine weitere Lohnaufschlagung im Malergewerbe statt. Nach umfangreichen Auseinandersetzungen kam eine Vereinbarung zustande, über die die Arbeiter- und Gehilfenorganisationen sich bis 30. Oktober beim R. A. M. erklären sollen. Danach erhalten die Gehilfen des Malergewerbes in Lohngebieten über 100 000 Einwohner 40 Pf. in Lohngebieten unter 100 000 Einwohner 30 Pf. je Stunde; für Landstädte über 25 000 Einwohner, soweit sie nicht Kur- und Badeorte oder Industriestädte sind, 20 Pf. — In 23 Lohngebieten, in denen bisher besonders hohe Unterschiede zwischen den Maler- und Bauarbeiterlöhnen bestanden, wird ein weiterer Ausblick von 10 Pf. erwährt. Zu diesen Gebieten gehören Berlin, Brandenburg, Waldenburg, Weiskauer, Giesebach, Pommern, Rostock, Schwerin, Bremen, Gumburg, Altenburg, Meiningen, Weimar, Zeitz, Jütta, Jüden, Ludwigsburg, Juffenbauer, Mannheim-Ludwigsbafen, München, Reichenthal, Garmisch-Partenkirchen. Die Lohnerböhrungen sollen bis zum 1. November in Kraft treten.

Magistrats-Hilfskräfte.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Uns werden Schreiben vorgelegt, unterzeichnet vom Vorstand der Zentral-Streikleitung und dem Angestellten-Ausschuss der Gemeinde Adlershof, inhaltlich welcher die Kollegen aufgefordert werden, zu den Loslösen des Streiks bestimmte Beträge einzuzahlen, da die Kasse der Streikleitung leer ist. Wir erklären hiermit, daß wir mit dieser Aufforderung nichts zu tun haben. Wir warnen im Gegenteil unsere Kolleginnen und Kollegen, sich an diesen Sammlungen zu beteiligen. Soweit Mitglieder unseres Verbandes in Frage kommen, empfehlen wir ihnen, sich an uns zu wenden.

Um eine Kontrolle für die noch ausgesperrten Kollegen stattfinden zu lassen, gleichzeitig auch, um das gesamte Material für deren Wiedereinstellung zu bekommen, findet am Freitag, den 24. Oktober, nachmittags 2 Uhr, eine Versammlung aller noch ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen in der Aula des Adlershofischen Gymnasiums, Inselstr. 2-5, statt. Es ist Pflicht aller ausgesperrten Kollegen, dort zu erscheinen.

Die Wiedereinstellung eines Teiles der Euraufhülfskräfte wird in der nächsten Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Sprache kommen. Sowohl die Fraktion unserer Parteigenossen wie auch die Fraktion der Unabhängigen haben dahingehende Anträge gestellt.

Tarifbewegung der Angestellten in der Verbandsstoffbranche.

Auf Grund der vom Zentralverband der Angestellten bereits Mitte August eingereichten Forderungen wurden endlich in den letzten Tagen vom Arbeitgeberverband der Verbandsstoffhersteller Groß-Berlins Verhandlungen aufgenommen. Zu dem Angebot der Arbeitgeber hat eine am Mittwoch stattgefundene Vollversammlung der Angestellten Stellung genommen. Das Angebot wurde einstimmig abgelehnt und der Zentralverband der Angestellten beauftragt, alle weiteren Maßnahmen zur Erreichung der gestellten Forderungen einzuleiten. Die Verhandlungen sollen heute Donnerstag fortgesetzt werden. Wir hoffen, daß die Arbeitgeber in letzter

Stunde die berechtigten Forderungen der Angestellten anerkennen, damit die von ihnen so sehr gewünschte Ruhe und Ordnung in den Betrieben aufrechterhalten werden kann.

Tarifabschluß der Gastwirtsgehilfen im besetzten Gebiet.

In verschiedenen Städten des Reiches verhandeln die gastwirtschaftlichen Unternehmer, die ihnen im ersten Ansturm entziffenen Positionen zurückzuerobieren und geben daran, die „Trinkgeldlosen“ Tarife zu kündigen, um an deren Stelle das Prozentensystem, eine Art Akkordarbeit, einzuführen, die das Trinkgeldsystem bereinigen würde, da ja die Keller die Prozente oder das „Bedienungsgeld“ selbst fassieren sollen. Teilweise sind die Gegenangriffe der Unternehmer bereits abgeschlagen, an anderen Stellen lächeln die Verhandlungen noch; aber im besetzten Gebiet, insonderheit in Köln, konnte die Gehilfenschaft ihrerseits unter Führung des Verbandes der Gastwirtsgehilfen einen entscheidenden Schritt vorwärts wagen und das Trinkgeldsystem durch Abschluß eines Tarifs reiflos beseitigen, wobei auch nicht übersehen wurde, die Frage der Arbeitszeit, der Arbeitsvermittlung und ähnliche Dinge in einer Weise zu regeln, welche den seit der Revolution erzielten Fortschritten durchaus angepaßt ist.

Einem einheitlichen Tarifabschluß für das gesamte besetzte Gebiet, welcher ursprünglich beabsichtigt war, standen begrifflichweise unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen; doch ist immerhin der für Köln abgeschlossene Tarif inzwischen auch in Bonn in Kraft getreten, während in Wiesbaden vor kurzem in einem der ersten Hotels am Plage das gesamte Personal die Arbeit niedergelegt hatte, um sie nach 2 Stunden mit dem Erfolg wieder aufzunehmen, daß seitens der Besitzer die reiflose Erfüllung der früher tariflich übernommenen Verpflichtungen zugesichert wurde.

Gewerkschaftsmitglieder!

Eintrittskarten zur Vorstellung „Minna vom Barnhelm“ von Lessing für das Deutsche Theater am Sonntag, den 26. Oktober, nachmittags 2 Uhr, sind zu ermäßigten Preisen in unserm Bureau, Engelauer 15, 1. Treppe, Zimmer Nr. 15, von vormittags 9 1/2 Uhr bis nachmittags 3 1/2 Uhr in Empfang zu nehmen. Berliner Gewerkschaftskommission.

Von der italienischen Gewerkschaftsbewegung.

Die italienische Gewerkschaftszentrale beschäftigt sich in ihrer letzten Sitzung mit der Anregung, die gewerkschaftlichen Mittel in einem einzigen Bankinstitut zu vereinen. Weiter wurde die Notwendigkeit betont, bei in Aussicht liegenden größeren Kämpfen vorher einzugreifen, sowie während derselben eine Kontrolle auszuüben und die Leitung zu übernehmen. Man könne nicht mehr damit zufrieden sein, nachdem der Kampf ausgebrochen und das unabwendbare Bedürfnis nach Unterstützung vorliegt, nur als Retes Kreuz in Anspruch genommen zu werden. Die Frage soll dem nächsten Gewerkschaftskongress vorgelegt werden.

Zum Metallarbeiterfreit.

Autowerk, Siemensstadt. Betriebsversammlung am Sonnabend, den 25. Oktober, vormittags 11 Uhr, bei Kant, Hertrage. Anschließend Aussohnung.

Deimler-Werke. Freitag, 24. d. M., 12 Uhr: Betriebsversammlung im Spießsaal; Funktionäre 10 Uhr: Sprinklerklub. Nach der Versammlung Culligungsunterzeichnung.

Veramannwerke Rosenthal. Alle abgegebenen Kontrollkarten sind heute bei Empfang der Spinnmaschinen im Lokal Sobne abzugeben; ferner haben alle Streikenden bei Ablauf der dritten Streikwoche ihre Streikarte sofort abzugeben.

Reinbau, Siemens-Südwerk. Heute (Donnerstag): Culligungen unterzeichnen und alle Streikarten spätestens bis Freitag um 12 Uhr abgeben wegen der Spinnmaschinen von 10 M. Geldzahlung Sonnabend von 11-3 Uhr in den bekannten Lokalen. Nachzügler müssen bis Ende nächster Woche warten. Vertrauensleute: Donnerstag pünktlich 1/2 9 Uhr im Streiklokal.

Wasser-Schwarztopf-Wildbau. Sonnabend, 26. d. M., vormittags 9 Uhr: Versammlung und Jubiläum.

R. A. G. Am Freitag, nachmittags 2 Uhr, in Wöhrners Blumen-garten, Oberhörsnauweide: Betriebsversammlung, 12 Uhr: Funktionärssitzung im „Bürgerpark“, Oberhörsnauweide.

Gilbampferwerk S. u. G. Sonnabend, 25. 10. 19., 10 Uhr vormittags: Betriebsversammlung in der „Krone“, Alt-Moabit. Anrecht. Am Freitag, um 12 Uhr mittags, in Reubens Bierhallen, Batschauer Str. 43/44: Culligungen unterzeichnen und Stempelkarten abgeben.

H. A. Eckert. Am Freitag, mittags 12 Uhr, findet in der Bürgerheim-Strasse (Turnhalle) eine Betriebsversammlung statt. Voraussichtlich Auszahlung der Streikgelder.

H. Vorhag. Freitag, den 24. d. M., nachmittags 2 Uhr, findet in Hartmanns Brauerei, Reichendof-Bez., eine Betriebsversammlung statt. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend erforderlich. Legitimationen sind mitzubringen.

Wernerwerk Siemens u. Halske: Sämtliche Streikende müssen Freitag, den 24. 10., in ihren Stempelstellen in Siemensstadt die Culligungen unterzeichnen. Nur auf unterzeichnete Culligungen wird ausgezahlt.

Kriegsbeschädigte des Wernerwerks. Versammlung Freitag 1/2 9 Uhr bei Lange, Ronnenhamm-Bez., Ecke Reichstraße.

Welfingwerk Reichendof. Freitag, den 24., 1 Uhr mittags: Versammlung bei Ruster, Reichendof-Bez., Berliner Str.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Transport-, Lagerarbeiter usw. der Groß-Berliner Metallindustrie. Große Streik- und Mitgliederversammlungen am Sonntag, den 26. Oktober 1919 vormittags 9 1/2 Uhr in nachstehenden Lokalen: für Oberhörsnauweide und Umgebung in Wöhrners Blumen-garten, Oberhörsnauweide, Ostendstraße; für Lichtenberg und Umgebung in Café Sellenne, Hauptstr. 2; für Berlin Osten in den Bruchhäusern des Dienst, Frankfurter Allee 47; für Berlin Zentrum in Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15 Saal 4; für Berlin Norden in Heißes Jetteln, Kolberger Str. 23, Brauerei Papenhofer, Gaussestraße Ecke Wiesenstraße; für Berlin Süden und südliche Vororte in Brauerei, Fiedlinstr. 23 großer Saal; für Charlottenburg und Umgebung in Volkshaus, Linienstr. 3. Zutritt zur Versammlung erhält, wer sich durch seine Streikarte und Mitgliedsbuch ausweisen kann. Ohne Legitimation keinen Einlass. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Wichtig! Maler usw. Heute Donnerstag, den 23. Oktober, findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, abends 7 Uhr, eine Versammlung der Filiale Berlin statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl der Angestellten Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Bericht für den reaktion. Teil: Alfred Scholz, Reichendof; für Anzeiger: Theodor Bloch, Berlin; Verlag: Vertriebs-Berlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vertriebs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Straer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3. Dienstag 2. Beilage.

Die Herbst-Preisliste wird nach auswärts kosten/ret zugesandt.

A. WERTHEIM

Leipziger Straße Königstraße Rosenhaler Straße Moritzplatz

Photogr. Ateliers
Porträts
Kinderaufnahmen

Korsette

Spitzen

Damenhüte

Weißwaren

- Korsette crème Baumwollstoff mit Langette 18⁷⁵
- Korsette crème Baumwollstoff, extra lang 27⁵⁰
- Korsette crème Baumwollstoff mit Spitzen-Garnitur 2 Halter 31⁵⁰
- Korsette weiß oder lila, Batist mit Stickerei garniert 33⁰⁰
- Korsette grau, halbhohe Form, 2 Halter 31⁰⁰
- Korsette hell Leinen, elegant garniert 42⁰⁰

- Gestickte Tüllspitzen etwa 15-16 cm breit, crème Meter 45⁰⁰
- Gestickte Tüllspitzen etwa 18 cm breit, weiß oder ocreus Meter 95⁰⁰
- Tüll- und Spachteleinsätze, gestickte elfenbein oder crème, etwa 2-5 cm breit Meter 65⁰⁰
- Jabotspitzen auf feinem Tüll, gestickt, etwa 17-28 cm br. weiß, Meter 1⁶⁵

- Velourhüte für Damen in vielen Farben und Formen 68⁰⁰
- Cylinderformen 48⁰⁰ 68⁰⁰ 95⁰⁰
- Gitter- und gemusterte Schleier 1⁵⁰ 2⁷⁵
- Wollborde für Damenhüte in vielen Farben 1⁹⁰

- Jabot aus Tüll mit Spitzen-Ansatz und Stumchen-Stehkragen 4⁹⁰
- Jabot mit Stehkragen aus Tüll, reich mit Spitzen-Einsatz garniert 6⁵⁰
- Schalkragen aus Pikee mit gehäkelten Knöpfen 8⁰⁰
- Morgenshaube aus gesticktem Batist m. breiter Spitze u. Seidenband garniert 8⁰⁰
- Halsrüschen aus Hahnenfedern in vielen Farben 14²⁵
- Marabukragen, intliert 30⁰⁰

Ullstein-Schnittmuster

in allen 4 Geschäften